



15. August 1990

1491

DEPARTAMENTO FEDERAL DAS AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 10. August 1990

**Bericht über die Personalsituation im Eidgenössischen
 Departement für auswärtige Angelegenheiten**

Aufgrund des Antrages des EDA vom 10. August 1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Bericht über die Personalsituation im EDA vom 27. Juli 1990 wird Kenntnis genommen.
2. Die Probleme über die Zuteilung der Stellen werden im Rahmen des Voranschlags behandelt.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
	X	EMD	5	-
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Für die BR.-Sitzung
vom 15. AUG. 1990

1491

Bern, 10. August 1990

A n d e n B u n d e s r a t

Bericht an den Bundesrat über die Personalsituation im EDA

Mit Beschluss vom 21. Februar 1990 betreffend die Wiedereröffnung der Schweizerischen Botschaft in Hanoi hat der Bundesrat in Ziffer 2 das EDA beauftragt, ihm bis Ende Juli 1990 ein Gesamtkonzept über die Personalsituation zu unterbreiten und gleichzeitig Lösungsvorschläge darzulegen, die es erlauben, spätestens ab 1991 den Stellenplafond einzuhalten. Allfällige zusätzlich mit dem Voranschlag 1991 zu beantragende Stellen sollen in diesem Gesamtkonzept aufgeführt werden.

Das EDA beehrt sich, dem Bundesrat als Beilage seinen vom 27. Juli 1990 datierten Bericht über die Personalsituation im EDA zu unterbreiten.

Dieser Bericht kann dem Auftrag aus folgenden, in der Schlussfolgerung (Kapitel 6) umfassend dargelegten Gründen nicht vollumfänglich gerecht werden.


1. Für die mittel- und längerfristige Personalbedarfsplanung müssen die in einen Gesamtrahmen zu stellenden aussenpolitischen Zielsetzungen des Bundes für die nächsten Jahre mitberücksichtigt werden. Hierzu sind bekanntlich Arbeitsgruppen für die Vorbereitung der Legislaturplanung 1991-95 gebildet worden. Eine EDA-interne Einzelplanung ohne Bezug zu den Vorschlägen der interdepartementalen Arbeitsgruppe erachten wir deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht sinnvoll.

2. Eine EDA-interne Arbeitsgruppe wird gleichzeitig zu prüfen haben, wo die politischen Schwergewichte der nächsten Jahre in unserem Departement zu setzen sind und mit welchen Mitteln diese erzielt werden können.
3. Ein Gesamtkonzept kann im übrigen erst erstellt werden, wenn das Departement Kenntnis darüber hat, in welchem Umfang die von ihm für 1991 begehrten Stellen tatsächlich bewilligt worden sind.

Die Erarbeitung des vom Bundesrat gewünschten Konzeptes resp. der verlangten Lösungsvorschläge wird somit erst möglich sein, wenn die erwähnten, grundsätzlichen politischen Entscheidungen gefällt und die dazu erforderlichen personellen Bedürfnisse abschätzbar sein werden.

Das Departement ersucht den Bundesrat, vom vorliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN


René Felber

Beilagen

- Bericht an den Bundesrat über die Personalsituation im EDA vom 27. Juli 1990
- Beschlussdispositiv

Protokollauszug:

- EDA : 10 Exemplare zum Vollzug
- EDI : 1 Exemplar zur Kenntnisnahme
- EJPD : 1 Exemplar zur Kenntnisnahme
- EMD : 1 Exemplar zur Kenntnisnahme
- EFD : 1 Exemplar zur Kenntnisnahme
- EVD : 1 Exemplar zur Kenntnisnahme
- EVED : 1 Exemplar zur Kenntnisnahme

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bericht über die Personalsituation im Eidgenössischen
Departement für auswärtige Angelegenheiten

Bitte dieses Dossier in der Adresse weiterleiten
Préciser de recevoir cette référence dans la réponse
Ingegnit' amministrativa presso l'indirizzo nella risposta

Aufgrund des Antrages des EDA vom 10. August 1990 wird

b e s c h l o s s e n :

B E R I C H T

Vom Bericht an den Bundesrat über die Personalsituation
im EDA vom 27. Juli 1990 wird Kenntnis genommen.

UEBER DIE PERSONALSITUATION

IM EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENT

FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

BERN, DEN 27. JULI 1990



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

A-321-20

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

1. EINLEITUNG

2. PLAFONDENTWICKLUNG **B E R I C H T**

3. DE QUEL MINISTÈRE **AN DEN BUNDESRAT**
LA SUISSE A-T-ELLE BESOIN ?

4. **UEBER DIE PERSONALSITUATION**
AKTUELLE PROBLEME DER
STELLERBEWIRTSCHAFTUNG IN EDA

IM EIDGENOESSISCHEN DEPARTEMENT

5. **FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN**
DER PERSONALBESTAND DES EDA
AM 1. JULI 1990 UND PERSONALSTÄRKEN
ENTWICKLUNG

6. SCHLUSSFOLGERUNG

7. ANHANG 1 - 5

BERN, DEN 27. JULI 1990

INHALTSVERZEICHNIS

Bern, den 27. Juli 1990

BERICHT AN DEN KUNDEKONZIL

ÜBER DIE PERSONALSITUATION IM KUNDEKONZIL

DEPARTMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | EINLEITUNG | S. 1 |
| 2. | PLAFONENTWICKLUNG 1974-1990 | S. 1 - 5 |
| 3. | DE QUEL MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
LA SUISSE A-T-ELLE BESOIN ? | S. 6 - 8 |
| 4. | AKTUELLE PROBLEME DER
STELLENBEWIRTSCHAFTUNG IM EDA | S. 8 - 12 |
| 5. | DER PERSONALBESTAND DES EDA
AM 1. JULI 1990 UND VORAUSSICHTLICHE
ENTWICKLUNG BIS 1. JANUAR 1991 | S. 13 - 14 |
| 6. | SCHLUSSFOLGERUNG | S. 14 - 16 |
| 7. | ANHANG 1 - 5 | |

a.321.20-PM/CHC

Bern, den 27. Juli 1990

BERICHT AN DEN BUNDESRATUEBER DIE PERSONALSITUATION IM EIDGENOESSISCHENDEPARTEMENT FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN1. Einleitung

Der Bundesrat hat am 21. Februar 1990 das EDA beauftragt, ein Gesamtkonzept über seine Personalsituation zu unterbreiten und gleichzeitig Lösungsvorschläge darzulegen, die es erlauben, spätestens ab 1991 den Stellenplafond einzuhalten. Zudem wurde das EDA beauftragt, allfällige zusätzlich mit dem Voranschlag 1991 zu beantragende Stellen in diesem Gesamtkonzept detailliert aufzuführen.

Der Bundesrat traf diesen Entscheid, weil das EDA 1988 seinen bewilligten Personalbestand im Jahresdurchschnitt um 6,4 Einheiten und 1989 um 11,1 Einheiten überschritt - dies nachdem er vorher hauptsächlich infolge unseres Rekrutierungssystems jahrelang unterschritten war - und verschiedene Faktoren darauf hindeuten, dass auch künftig mit einer Ueberschreitung des Plafonds zu rechnen ist.

2. Plafondentwicklung 1974-1990

Bei Verfügung des Personalstopps durch die eidgenössischen Räte im Jahre 1974 wurde der Stellenbestand des EDA auf 1755 Einheiten eingefroren. Bis 1979 gelang es dem Departement, seine Aufgaben unter Einhaltung der Plafondvorgaben zu erfüllen. Das war einerseits das Verdienst der Arbeitsgruppe "Florian", die seit Januar 1974 den Auftrag hatte, mittels Rationalisierungsmassnahmen die schon damals knapp werdenden personellen Mittel optimaler einzusetzen. Andererseits waren die Befürchtungen einer Plafondüberschreitung schon 1975 mitbestimmend für den Entscheid, keine offi-

zielle Zulassungsprüfung für den Konsulardienst durchzuführen. Lediglich 13 gut qualifizierte Beamte der allgemeinen Dienste und des Sekretariatsdienstes wurden ab Oktober 1975 zur Ausbildung zugelassen.

Trotz dieser Massnahmen kam es 1979 zu einer Ueberschreitung des bewilligten Personalbestandes von damals 1756 Einheiten um 3 Einheiten (vgl. Tabelle "Entwicklung des EDA-Personalbestandes ab 1970-Juni 1990", Anhang 1). Dieser Trend setzte sich in den folgenden Jahren (1980: + 2 Einheiten; 1981: + 5 Einheiten; 1982: + 4 Einheiten) fort, obwohl seit 1980 für die Berechnung des Plafonds der jährliche Durchschnittsstellenbestand massgebend war. 1983 informierten wir den Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements im Rahmen des Personalvoranschlages 1984 über diese Entwicklung und machten ihn umfassend auf unsere Schwierigkeiten mit der Stellenbewirtschaftung aufmerksam. In diesem Bericht haben wir auf die unausgeglichene Personalstruktur des Departements, die zum Teil noch auf die bundesrätliche Personalpolitik der Nachkriegsjahre zurückzuführen war, hingewiesen und aufgezeigt, dass das departementsspezifische Karrieresystem wegen der zweijährigen Ausbildungsperiode den Plafond erheblich belastet. Ausführlich haben wir schon damals die Ursachen der zunehmenden Arbeitsbelastung beschrieben.

Zur Sanierung der damaligen Plafondüberschreitungen beantragte das Departement die Zuteilung von 14 zusätzlichen Etat-Stellen, die Ausklammerung des zu mehr als 50 % für die Fremden Interessen tätigen Personals aus dem Personalplafond, sowie dieselbe Massnahme für die 3-monatige reine Ausbildungszeit der Konsulardienstankwärter. Diese Ausklammerungsmassnahmen hat die eidgenössische Finanzkommission im Herbst 1983 bewilligt. Dem Stellenbegehren wurde hingegen nicht entsprochen. Um den Plafond trotzdem einhalten zu können, wurde zunächst einmal der Beginn der Ausbildungszeit der Konsularvolée vom 1. Oktober 1983 auf den 1. Januar 1984 verscho-

ben. Dadurch konnte der für 1983 bewilligte Stellenbestand um 3 Einheiten unterboten werden. Für die kommenden Jahre waren aber drastischere Massnahmen notwendig, um die Plafondvorgabe einzuhalten, was das EDA bewog, 1984 auf die Rekrutierung einer Diplomatenvolée zu verzichten, ein Entscheid, der im Sinne einer korrekten langfristigen Personalpolitik nicht begrüsst werden kann.

Dank der Ausklammerungsmassnahmen, des Rekrutierungsverzichts und der in jenen Jahren bei allen Personalkategorien zu verzeichnenden und kurzfristig nicht zu kompensierenden unüblich starken Austrittsrate war die Plafondbilanz bis 1987 zum Teil massiv negativ (1984: - 38 Einheiten; 1985: -30 Einheiten). Um diesen Trend möglichst lange aufrecht zu erhalten, hielt sich das Departement rigoros an die Maxime, den Plafond unter allen Umständen einzuhalten. Dies war nur möglich, indem man verschiedentlich diplomatische Posten im Ausland unbesetzt liess, lange Vakanzen bei Mitarbeiterwechseln einplante, sowie berechtigte Verstärkungswünsche abwehrte.

Trotz all dieser Massnahmen entwickelte sich im Verlauf des Jahres 1988 der Plafond wieder negativ, worüber wir das Eidgenössische Personalamt unverzüglich informierten. Um die Situation in den Griff zu bekommen, unterbreiteten wir dem Personalamt Ende Dezember 1988 eine Reihe von Vorschlägen. Die Variante "Verzicht auf jegliche Rekrutierung" schlossen wir dabei bewusst aus, weil die diesbezüglichen Erfahrungen aus dem Jahr 1984 alles andere als positiv waren. Anstelle einer solchen Kahlschlagvariante schlugen wir eine am Grundsatz der reinen Ersatzbedarfsdeckung orientierte Rekrutierung bei diplomatischem und konsularischem Personal vor. Auch bei den übrigen Personalkategorien (Sekretariatsdienst und allgemeine Dienste) sollten die Zugänge nur die Abgänge kompensieren. Da jedoch abzusehen war, dass die Beschränkung auf den reinen Ersatzbedarf die Personalprobleme kurz- und mittelfristig nicht zu lösen vermag, zeigte das Personalamt Verständnis für unseren Antrag, angesichts der zahlreichen Ungewissheiten im Bereich der Personalmutationen und -prognosen eine Reserve von 2 Einheiten pro Jahr und Volée einzuplanen.

Die aufgrund dieser Vorlagen geschätzten Voraussagen ergaben immer noch zu hohe Werte für die kommenden Jahre, nämlich 13 Plafondüberschreitungen für 1989, 20 für 1990, 24 für 1991 und 27 für 1992. Deshalb beantragten wir zusätzlich zu den oben beschriebenen Massnahmen die Ausklammerung der Diplomatenanwärter während ihrer 6-monatigen reinen Ausbildungszeit aus dem Personalbestand, oder, als Alternative, die einmalige Erhöhung des Plafonds um 8 Einheiten. Gleichzeitig erliessen wir folgende Richtlinien, um auch departementsintern alle Möglichkeiten der Rationalisierung auszuschöpfen:

- Neue befristete Anstellungen sind möglichst zu vermeiden.
- Neue Aufgaben sollten nur noch übernommen werden, wenn gleichzeitig die dazu erforderlichen Stellen von den politischen Behörden zur Verfügung gestellt werden.
- Bei Ersatzanstellungen, insbesondere beim Sekretariatsdienst, aber auch beim Personal der allgemeinen Dienste, ist ein strenger und überprüfbarer Nachweisbedarf zu erbringen.
- Gesuche um Verstärkungen sind nur zu berücksichtigen, falls sie begründet und im vorrangig dienstlichen Interesse liegen und durch ersatzlosen Abzug bei anderen Dienststellen kompensiert werden.
- Die Inspektoren wurden einmal mehr beauftragt, im Ausland nach freien Kapazitäten Ausschau zu halten.

Das Personalamt nahm anfangs 1989 unsere Vorschläge zur Kenntnis und versprach, diese im Zusammenhang mit dem Personalvoranschlag 1990 prüfen zu lassen. Für 1989 erhielten wir die Zusage, dass allfällige unumgängliche Ueberschreitungen unseres Stellenplafonds, analog zu 1988 (+6,4 Einheiten), bis maximal 13 Stellen im

Jahresdurchschnitt zu Lasten der strukturellen Vakanzen der allgemeinen Bundesverwaltung abgedeckt werden. Diese Limite haben wir eingehalten.

1989 wurde erstmals seit 1983 ein relativ grosses Stellenbegehren für 1990 eingereicht. Wir beantragten mit ausführlicher Begründung die Erhöhung des bewilligten Bestandes um 40 Einheiten. Gleichzeitig erinnerten wir nochmals an unseren Antrag zur Ausklammerung der Ausbildungszeit der Diplomatenstagiaires aus dem Personalbestand.

Beiden Begehren, die bezweckten, den Stellenplafond des Departements auf ein unserem Personalbedarf entsprechendes Niveau zu heben, wurde nicht entsprochen. Das Stellenbegehren erfuhr eine 50%ige Kürzung und die Ausklammerungsmassnahme wurde abgelehnt. Zwar zeigte das Personalamt aufgrund dieser Sachlage nochmals Verständnis für unsere schwierige Personalsituation und erklärte sich bereit, auch 1990 eine Ueberschreitung des Plafonds mit strukturellen Vakanzen der allgemeinen Bundesverwaltung abzudecken, allerdings unter der Auflage, dass die Ueberschreitung im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 6,5 Stellen betragen darf, und dass ab 1.1.1991 der Plafond unbedingt wieder eingehalten werden muss.

Diese Vorgabe stellt unsere Personalplanung vor beträchtliche Probleme. Zwar entwickelt sich der diesjährige durchschnittliche Personalbestand im bewilligten Rahmen (siehe Kapitel 5), sie lässt uns aber keine Möglichkeit zur längst fälligen Aufstockung unserer effektiven Bestände. Diese haben nämlich, wie das nächste Kapitel zeigen wird, in den letzten Jahren in keinem Verhältnis zum Aufgabenwachstum des Departements zugenommen.

3. De quel Ministère des Affaires étrangères la Suisse a-t-elle besoin ?

Nous sommes tous d'accord pour considérer qu'il est important que la Suisse dispose d'un corps diplomatique efficace, capable de représenter les intérêts du pays en Suisse et à l'étranger et ceci à une époque où la concurrence internationale se fait plus rude et où se dessine une collaboration toujours plus étroite dans le cadre du Marché commun.

Pour sauvegarder les intérêts de notre pays à l'étranger et contribuer au développement des relations entre la Confédération et les autres états, la Suisse est de nos jours accréditée dans 152 Etats; elle entretient un réseau de 154 représentations (Ambassades, Consulats généraux, Missions multilatérales, Consulats). (Voir tableau, annexe 2).

Ce serait une vue de l'esprit de croire que la Suisse, pour faire entendre sa voix dans le concert des nations, peut elle-même définir le champ d'activités que doit couvrir la diplomatie suisse. Elle est tributaire, comme les autres nations, de la complexité et de l'interdépendance de la vie internationale.

Comme le chapitre précédent l'a démontré, le DFAE a connu au cours des deux dernières décennies une croissance très modérée de ses effectifs (par rapport à l'augmentation des tâches qu'il doit maîtriser). Au cours des 2 dernières décennies, la Centrale a cependant dû imperceptiblement, mais inéluctablement être renforcée. Plusieurs services ont en effet vu le jour. Nous aimerions nous borner à mentionner ci-après quelques secteurs où une injection de personnel a été nécessaire et cela indépendamment de la volonté du DFAE.

- L'importance grandissante de la diplomatie multilatérale est une évidence. Nous avons assisté à la création de plusieurs

délégations accréditées auprès des organisations internationales. L'exemple le plus probant est celui de notre Mission auprès des Communautés.

Pour que les divers offices intéressés de l'Administration fédérale soient correctement alimentés, il a fallu augmenter graduellement de plusieurs unités la dotation de cette Mission. Le pendant bernois de notre antenne à Bruxelles, à savoir le Bureau de l'intégration DFAE/OFEP a aussi connu une augmentation spectaculaire de ses effectifs. De nos jours, 7 diplomates prêtent leurs concours.

- Les tâches dans le domaine de la politique internationale de l'environnement ne font que croître. Actuellement, 3 agents s'occupent au DFAE de ce secteur d'activités qui était, il y a 20 ans à peine, inexistant. Nul ne conteste que les préoccupations d'environnement sont d'une gravité planétaire et que les réunions en matière d'environnement se multiplient. Quel rôle la Suisse entend-elle jouer ?
- Le processus de la CSCE qui avait pris, il y a 20 ans, un timide envol, a connu depuis lors un développement réjouissant. Notre pays s'efforce d'être actif sur les divers fronts des négociations. Cinq diplomates sont à l'heure actuelle engagés dans ces activités. Combien seront-ils dans quelques années? Il serait bien hasardeux de prétendre quantifier les besoins en personnel dans ce domaine dont l'évolution ne dépend pas de la Suisse seulement.
- Le domaine culturel, longtemps un parent pauvre de notre politique extérieure, y trouve aujourd'hui une place plus importante. Un Service des médias a été créé cette année au sein de la Direction des organisations internationales. L'importance, pour notre pays, des relations internationales dans le domaine des médias est un fait. Ce domaine, qui est actuellement en pleine expansion, va certainement connaître des développements qui sont imprévisibles.

Nos représentations consulaires sont pour la plupart confrontées avec une augmentation constante des tâches quotidiennes, sans qu'elles puissent exercer une influence sur le volume des prestations qu'elles doivent fournir.

Dans de nombreux pays, l'augmentation du travail en relation avec l'aide aux Suisses de passage en difficulté prend des proportions alarmantes. De plus en plus souvent, nos représentations dans les régions touristiques sont mises à contribution pour remplacer des passeports volés ou perdus et pour venir en aide à des compatriotes victimes d'accident ou de vol, hospitalisés, décédés, incarcérés ou à rapatrier.

Dans le domaine de la modification de la loi sur la nationalité, dans celui du nouveau droit matrimonial et successoral ou dans celui des droits politiques des Suisses de l'étranger, des normes viennent d'être adaptées (ou vont l'être) entraînant un surcroît de travail important pour nos Ambassades et Consulats.

Comme les quelques exemples ci-dessus tendent à le démontrer, il n'est guère loisible de quantifier les besoins en personnel pour couvrir les activités diplomatiques et consulaires d'un monde en constante mouvance.

La Suisse a-t-elle les moyens de ses ambitions? Quelle position entend-elle défendre sur la scène internationale? Il nous paraît légitime de poser cette question fondamentale.

4. Aktuelle Probleme der Stellenbewirtschaftung im EDA

Das Regime der Stellenbewirtschaftung verlangt, dass der Jahresendbestand dem vom Bundesrat anfangs Jahr bewilligten Stellenbestand entspricht. Bestandesänderungen sind zulässig, sofern sie den Jahresendbestand nicht belasten. Andernfalls sind sie vom Bundesrat im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden Stellenkontin-

gents zu bewilligen. Grundsätzlich bewilligt der Bundesrat nur per 1. Januar eine Erhöhung der Departementsbestände. Entsprechende Begehren sind im Mai des Vorjahres einzureichen. Falls berücksichtigt, kann es aufgrund unseres Rekrutierungs- und Ausbildungssystems bis zu drei Jahren dauern, bis eine Stelle neu besetzt werden kann.

Die Stellenbewirtschaftung bezweckt ein kontrolliertes und massvolles Personalwachstum der Bundesverwaltung, indem es die Departemente verpflichtet, ihren Stellenbedarf durch Massnahmen der Rationalisierung, den Abbau bestehender Aufgaben oder durch Stellenverschiebungen innerhalb der Verwaltungseinheiten aller Stufen oder zwischen den Departementen zu decken. Wir unterstützen diese Philosophie grundsätzlich, doch stösst sie - wie wir zeigen werden - in der Praxis auf Grenzen.

Gemessen am Personalwachstum hat sich die Stellenbewirtschaftung für unser Departement bewährt. Von 1975-1989 erhöhte sich unser effektiver Bestand um nur 5,6 Einheiten pro Jahr. Ausgedrückt in Prozenten, wuchs unser Departement in den letzten 14 Jahren um nur 4,65 %. Das sind fast 2 % weniger als bei der allgemeinen Bundesverwaltung, deren Wachstum 6,39 % betrug. Dieses mässige Wachstum ist nicht nur auf die in Kapitel 2 beschriebenen Massnahmen zurückzuführen, sondern widerspiegelt auch unsere im Rückblick wohl übertriebene Zurückhaltung mit Stellenbegehren in den 80er Jahren. Diese restriktive Personalbeschaffungspolitik hatte zur Folge, dass die Mitte des letzten Jahrzehnts geschaffenen Reserven aufgebraucht waren, bevor wir neue zu bilden vermochten.

Seit wir die Grenzen des Plafonds überschritten haben, basieren unsere Bewirtschaftungsmassnahmen primär auf dem hohen Mobilitätsgrad unseres versetzbaren Personals. Ergibt sich die Notwendigkeit Posten zu verstärken, schaffen wir Vakanzen - eine nicht sehr sinnvolle, aber wirksame Methode, wenn es darum geht, rasch einzugreifen -, um einen Dienst vor dem Zusammenbruch zu retten. Natürlich fehlen uns dann diese Einheiten, da die Vakanzen früher oder später wieder besetzt werden müssen. Nicht zu sprechen von den negativen Auswirkungen des hohen Mobilitätsgrades sowie den Kosten für allzu rasche Transfers.

Zwar versuchen wir, diese Einheiten mittels Stellenbegehren wieder zu beschaffen. Das gelingt uns jedoch, wie z.B. letztes Jahr gezeigt hat, nur beschränkt. Somit entsteht ein circulus vitiosus, den wir nicht ohne Plafondverstoss durchbrechen können, zumal sämtliche Bemühungen, Stellen durch Wegrationalisieren zu sparen, bis anhin gescheitert sind. Letztes Jahr konnten wir zwar 6 Einheiten von Aussenposten abziehen, mussten sie aber umgehend wieder anderen Posten zuteilen wo längst Verstärkungen fällig waren.

Um Einheiten zu sparen, sind wir auch gezwungen, Posten zwischen zwei Versetzungen möglichst lange vakant zu lassen. Allein beim konsularischen Personal haben wir 1989 rund 16 Einheiten "gespart", indem bei 206 Versetzungen jeder neu besetzte Posten durchschnittlich einen Monat vakant gelassen wurde. Auch bei den 252 Versetzungen von Diplomaten und Sekretärinnen mussten wir diese Methode anwenden, da sie sich für Stellenbewirtschaftungszwecke bestens bewährt. Ihre Wirksamkeit könnte noch erhöht werden, indem wir das Versetzungskarussell schneller drehen lassen. Es ist allerdings fraglich, ob sich dieses "Stretching" auf Dauer verantworten lässt, wenn man es, abgesehen vom Stressfaktor für die Betroffenen, unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsproduktivität, der hohen Kosten, und des administrativen Aufwandes betrachtet. Die zuständigen parlamentarischen Kommissionen haben denn auch wiederholt darauf hingewiesen, dass diese allzu rasche Rotation nicht sinnvoll sei.

Bewirtschaftungsmassnahmen dieser Art helfen für eine gewisse Zeit über Personalengpässe hinweg, lösen aber das Problem unseres Personalunterbestandes nicht, zumindest nicht auf vernünftige Art und Weise. Ein Indiz dafür ist die Zunahme der Feriensaldi in unserem Departement. Am 31. Dezember 1988 betrug das Total der auf das neue Jahr vorgetragenen Ferien (ohne Ueberstunden) rund 18'300 Tage, was 78 Mannjahren entspricht. oder 3'660 Arbeitswochen. Bis Ende 1989 erhöhte sich dieser Negativsaldo um 10,7 % auf 19'600 Tage. Abgesehen vom Phänomen, dass es auch bei uns Leute gibt, die sich keine Ferien gönnen, entstand dieser Feriensaldo, weil viele Auslandvertretungen, aber auch gewisse Stellen an der Zentrale, mit einem Minimalbestand an Personal auskommen müssen. Das hat zur

Folge, dass Leute auf ihren vollen Ferienbezug verzichten müssen, um den Dienstbetrieb nicht zu gefährden oder gar lahmzulegen. Diesen Missstand können wir mit temporären Aushilfen mildern, nicht aber beseitigen. So haben wir dieses Jahr bis Mitte Juli allein im konsularischen Bereich schon 26 solche (kostspielige) Einsätze durchgeführt, teils, wie erwähnt, um Leuten Ferien zu ermöglichen, teils aber auch, um lange Vakanzen zwischen unplanmässigen Versetzungen zu überbrücken. In mehreren Fällen brauchte es für eine Ablösung mehr als eine Person, weil die von der Abkommandierung betroffene Dienststelle ihrerseits keine langen Vakanzen verantworten konnten.

Trotz all dieser Anstrengungen, unsere knappen Personalressourcen möglichst optimal zu bewirtschaften, geraten wir zunehmend ins Feuer der Kritik. Auf der einen Seite beklagen sich die Dienststellen immer häufiger und zurecht, dass sie ihren Aufgaben mit dem verfügbaren Personalbestand nicht mehr gewachsen sind. Auf der anderen Seite sind wir dem Druck unserer Aufsichtsorgane ausgesetzt, die uns an die Pflicht mahnen, den Personalstopp einzuhalten. Diesem Dilemma zwischen departementsinterner und -externer Verpflichtung können wir nicht auf unbestimmte Zeit standhalten, zumal wir uns den Grenzen der Mobilität nähern, mit der wir in den letzten Jahren Stellenbewirtschaftung betrieben haben. Die Tabelle über die Verteilung unseres Personals nach Direktionen an der Zentrale und Posten im Ausland mag dies verdeutlichen (siehe Anhang 2).

Daraus geht hervor, dass rund ein Drittel unseres Personals an der Zentrale arbeitet, verteilt auf 6 grosse mit über 100 kleinen Verwaltungseinheiten, und zwei Drittel im Ausland, verteilt auf 161 Posten. In der Tabelle nicht enthalten sind 99 Honorarvertretungen, deren Leiter in keinem Dienstverhältnis zum Departement stehen, jedoch an einigen Orten eine so bedeutende Stellung einnehmen, dass sie eigentlich von Berufskonsuln abgelöst werden müssten.

Diese stark aufgefächerte Verteilung bei einem Gesamtbestand von rund 1'800 Personen, wovon ein Drittel nicht der Versetzungsdisziplin untersteht, lässt ohne Reserven nur noch wenig Spielraum zur Ueberbrückung von Engpässen mittels oben beschriebener Massnahmen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass unser Karrieresystem die Austauschbarkeit zwischen den einzelnen Personalkategorien stark einschränkt, was Stellenverschiebungen innerhalb und zwischen den Verwaltungseinheiten erschwert.

Abschliessend zu diesem Kapitel muss kurz auf die Stellenbewirtschaftung der DEH und der Hilfskräfte hingewiesen werden. Die rund 150 Stellen der DEH gehören zwar zum Gesamtbestand des Departements, werden aber von der DEH weitgehend in eigener Regie bewirtschaftet. Dank der Möglichkeit, Personal auch über ihren Rahmenkredit anstellen zu können, gelingt es der DEH, ihren Plafond einzuhalten, was erklärt, warum die DEH in diesem Bericht weitgehend unerwähnt bleiben kann. Ueberdies sind ihre Aufgaben zu spezifisch, um - von wenigen Ausnahmen abgesehen - Raum für den Austausch zwischen ihrem und dem übrigen EDA-Personal zu lassen, was wiederum die Mobilität des Gesamtbestandes um einen zusätzlichen Grad mindert.

Eine Besonderheit in unserem Departement ist der grosse Bestand an Hilfskräften, ohne die vor allem die Bewältigung unserer Aufgaben auf den Aussenposten nicht denkbar wäre. Bis vor kurzem verursachte die Stellenbewirtschaftung der Hilfskräfte keine grossen Probleme. Die Schwierigkeiten mit der Einhaltung des Etatstellenplafonds machen sich nun aber auch bei den Hilfskräften bemerkbar, da wir dieses Kontingent zunehmend zur Bewältigung von Personalengpässen bei den Etatstellen einsetzen müssen. Das Bild über unsere Personalsituation wäre deshalb ohne Darstellung der Lage bei den Hilfskräften nicht vollständig. Da die beiden Personalkontingente voneinander getrennt behandelt werden müssen, stellen wir die Probleme im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Hilfskräfteplafonds im Anhang 3 zur Diskussion.

5. Der Personalbestand des EDA am 1. Juli 1990 und voraussichtliche Entwicklung bis 1. Januar 1991

Zum Verständnis der kurzfristigen Plafondproblematik müssen wir im folgenden auf den aktuellen Personalbestand und seine voraussichtliche Entwicklung bis nächstes Jahr unter den heute bekannten personalpolitischen Vorzeichen hinweisen.

Die statistische Veränderung des Stellenbestandes des EDA seit Januar dieses Jahres bis 1. Juli zeigt die Tabelle in Anhang 4. Daraus geht hervor, dass die durchschnittliche Plafondüberschreitung vom Januar bis Juni 7,51 Einheiten beträgt. Der effektive Personalbestand lag mit 1823,25 Einheiten Ende Juni 16,75 Einheiten über dem bewilligten Bestand von 1806,5. Angenommen, dass das EDA gemäss Aussprachepapier an den Bundesrat vom 22. Juni 1990 über "Stellenbegehren Voranschlag 1991" bis Ende 1990 noch 5,5 Stellen zurückzugeben hat, wird der bewilligte Stellenbestand am 31. Dezember 1990 voraussichtlich 1801 Stellen betragen. Sollten dem EDA, wie im Aussprachepapier vorgeschlagen, für 1991 insgesamt nur 30 neue Etatstellen zugesprochen werden, erhöht sich der bewilligte Bestand am 1. Januar 1991 auf 1831 Stellen.

Unter Berücksichtigung der bis Ende Dezember bekannten Veränderungen und nach Einbezug der ab Januar 1991 zum Personalbestand zählenden Konsularvolée 1990/92 (im Hinblick auf die Bewältigung der stark anwachsenden Aufgaben im konsularischen Bereich kamen wir nicht umhin, 29 Konsularanwärter zu rekrutieren) wird der effektive Personalbestand am 1. Januar 1991 voraussichtlich 1847,75 Einheiten betragen. Darin enthalten sind 10,5 im Stellenbegehren des Departementes für 1991 beantragte Stellen. Eine ausführliche Begründung, warum diese Stellen bereits im Verlaufe von 1990 besetzt werden mussten, enthält die Notiz an das Eidgenössische Personalamt vom 27. Juni 1990 zum Stellenbegehren 1991 (siehe Anhang 5). Dieser Bestand ist um die Abgänge aufgrund der Pensionierung von 4 Diplomaten (bei den Konsularbeamten gibt es 1991

keine Pensionierungen) und um 4 Zugänge bereinigt, die ab 1. Januar 1991 wirksam werden. Bei diesen Zugängen handelt es sich um folgende, im Stellenbegehren aufgeführte Stellen: 3 bis Ende 1990 befristete Stellen aus dem Bundesratskontingent für das Integrationsbüro, sowie die Stelle des Rechtsberaters, deren Besetzung auf 1. Januar 1991 geplant ist.

Aufgrund dieser Entwicklung zeichnet sich schon per 1. Januar 1991 ein Ueberbestand von 16,75 Einheiten ab - inkl. 7 Einheiten für Immapro (Einführung der EDV für die Erfassung der Auslandschweizer) -, die zum effektiven Bestand, nicht aber zum Plafond zählen und Ende 1992 mit "Zins" von 1,5 Einheiten zurückgegeben werden müssen). Dazu wären noch die zur Zeit für 1991 in Aussicht stehenden 15,5 neuen Stellen zu zählen, die teilweise bereits anfangs Jahr besetzt werden müssten. Das bedeutet, dass der Plafond 1991 mit einer wahrscheinlichen Hypothek von rund 32 (ohne Immapro-Einheiten 25) Stellen belastet sein wird. Zwar ist auch nächstes Jahr mit einer gewissen Anzahl Kündigungen zu rechnen. Erfahrungsgemäss dürften diese jedoch nicht so hoch ausfallen, dass sich dadurch das für 1991 anbahnende Plafondproblem beheben liesse, zumal wir auch nächstes Jahr nicht auf die Rekrutierung einer Diplomatenvolée verzichten können.

6. Schlussfolgerung

Der vorliegende Bericht beschreibt die Entwicklung des Personalbestandes unseres Departements seit 1975 und gibt Auskunft über die gegenwärtigen Probleme mit der Stellenbewirtschaftung. Wie in der Einleitung erwähnt, erwartet der Bundesrat nebst dieser Lagebeurteilung ein Gesamtkonzept über die Personalsituation des EDA.

Ein Gesamtkonzept ist abhängig vom Stellenbedarf des Departements. Den kurzfristigen Bedarf haben wir im beiliegenden Stellenbegehren (Anhang 5) detailliert und begründet aufgeführt. Er beträgt, inklusive DEH-Begehren, 79,75 Stellen. Falls das Parlament dem An-

trag der DEH zustimmt, ihre neuen Stellen über den Rahmenkredit zu finanzieren, reduziert sich der Bedarf für 1991 auf 67,25 Stellen. Wir sind uns über den aussergewöhnlichen Umfang dieser Forderung bewusst, doch muss berücksichtigt werden, dass sie das Resultat eines Rückstaus ist und vornehmlich zum Ziele hat, endlich wieder zu einer sauberen Situation - ohne jegliche Retouchen - zu gelangen.

Wollen wir entweder einen massiven Leistungsabbau oder eine weiterhin chronische Ueberlastung unseres Personals mit all ihren Folgen nicht in Kauf nehmen, werden wir nicht darum herumkommen, die vorgeschlagenen Massnahmen durchzusetzen.

Der mittel- und längerfristige Personalbedarf kann erst nach Beantwortung der in Kapitel 3 aufgeworfenen Fragen festgelegt werden. Diese Fragen können nicht nur departementsintern diskutiert werden, sondern müssen im Gesamtrahmen der aussenpolitischen Zielsetzungen des Bundes für die nächsten Jahre gesehen werden und sind deswegen bekanntlich auch Gegenstand der vom Bundesrat gebildeten Arbeitsgruppen für die Vorbereitung der Legislaturplanung 1991-95. Nachdem der Bundesrat beschlossen hat, die Personalplanung in die Konzeption der Legislaturplanung miteinzubeziehen, wäre eine EDA-interne Einzelplanung ohne Bezug zu den Vorschlägen der interdepartementalen Arbeitsgruppen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

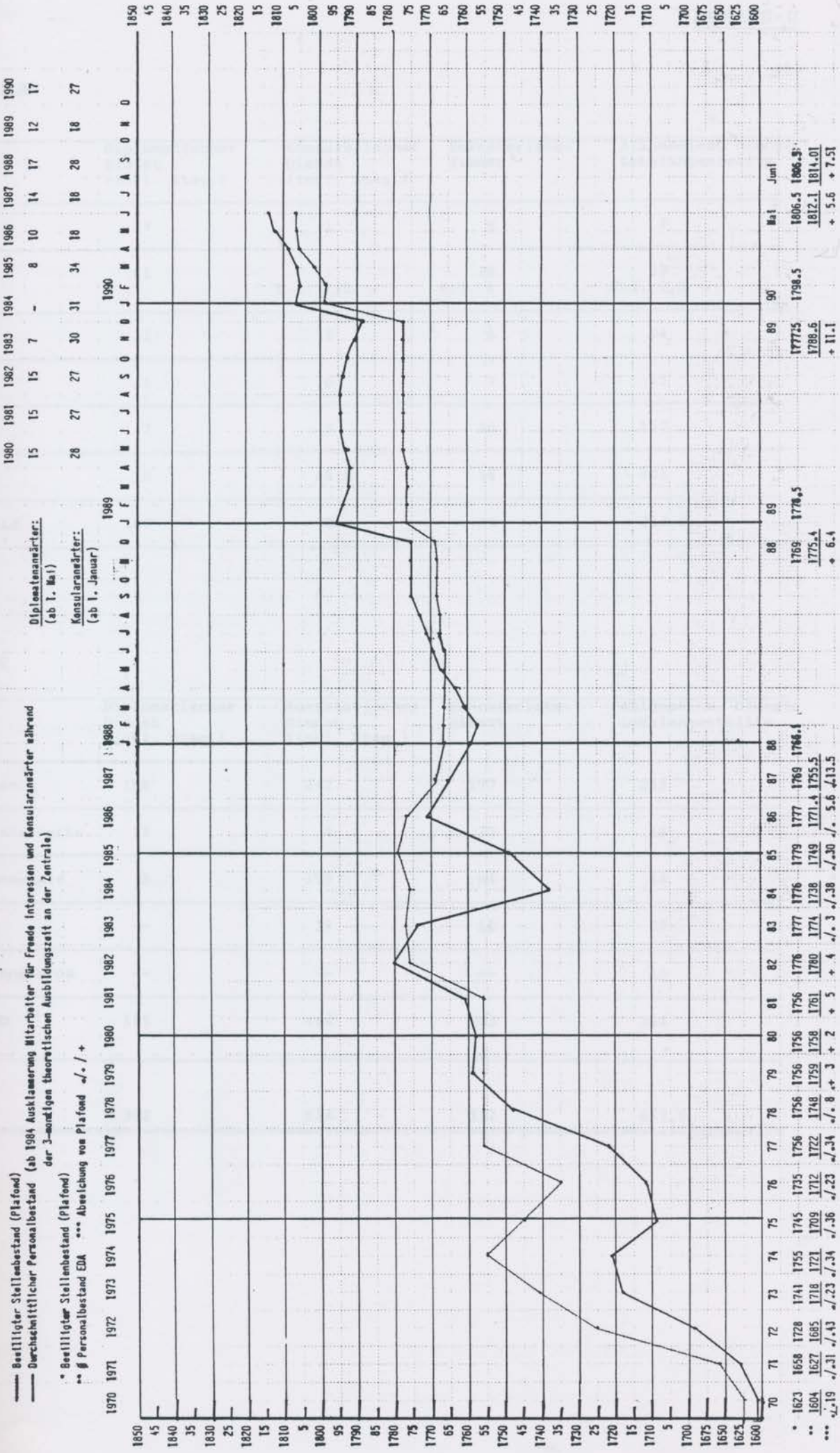
Die Aufgabe der departementsinternen Arbeitsgruppe wird sein zu überprüfen, wo die politischen Schwergewichte im EDA zu sehen und mit welchen Mitteln sie zu erzielen sind. Sie wird ihre Tätigkeit auch im Hinblick auf das Mandat der interdepartementalen Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der neuen Legislaturziele ausüben, und dementsprechend neben der Erarbeitung aussenpolitischer Ziele und Massnahmen die Notwendigkeit und Dringlichkeit bestehender Aufgaben untersuchen, und eine Liste von Abbaugebieten erstellen.

* * * *

* *

Als konkrete Schlussfolgerung zu diesem Bericht beantragen wir, dass im Sinne einer kurzfristigen Sanierung der Personalsituation des Departements erstens der bewilligte Personalbestand des EDA per 1.1.1991 an den effektiven Personalbestand angeglichen wird und zweitens die Zuteilung der neuen Stellen für 1991 in Berücksichtigung unserer Begründungen im Stellenbegehren vorgenommen wird. Ohne diese spürbare Aufstockung unseres Personalbestandes, die vornehmst zum Ziele hat, die Erfüllung der Aufgaben erneut vollumfänglich zu gewährleisten, die den einzelnen Direktionen des EDA sowie dem Aussendienst übertragen wird, sind wir in absehbarer Zukunft nicht mehr in der Lage, alle unsere Aufgaben und Dienstleistungen zu erfüllen, was dazu führen müsste, eine Reihe von Vertretungen zu schliessen.

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten
 Entwicklung des EDA-Personalbestandes ab 1970 - Juni 1990



6/1990-SBJ Basis: Personalstatistik EDA/Staatsrechnung 1970-1988

ANHANG 2

ZENTRALE

	Diplomatischer Dienst (inkl. Stag.)	Konsularischer Dienst (inkl. Stag.)	Sekretariats- dienst	Allgemeine Dienste Lokalangestellte
GS	7	1	8	7
PD	61	11 F.I. 1,5	26 F.I. 1	39 F.I. 2,5
DIO	11	2	6	24
DV	11	6	7	21
DEH	7	3	20	117
DVA	10	45,5	16	103
TOTAL ZENTRALE	107	70	84	313,5

AUSLAND

	Diplomatischer Dienst (inkl. Stag.)	Konsularischer Dienst (inkl. Stag.)	Sekretariats- dienst	Allgemeine Dienste Lokalangestellte
87 Botschaften	158	242	177	233
8 Multilaterale Vertr.	32	4	22	16
40 Generalkonsulate	5	159	44	68
19 Konsulate	--	39	10	27
7 Koordinationsbüros	--	--	--	10
TOTAL AUSLAND (inkl. Genf)	195	444	253	354
GESAMTTOTAL	302	514	337	667,5

6/1990-SBJ

a.321.21
a.215.0

Bern, den 20. Juli 1990

Hilfskräfte

Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 8. April 1981 die Hilfskräfte plafoniert. Neben der bisherigen kreditmässigen Begrenzung durfte der ausgewiesene Jahresdurchschnittsbestand neu eine gewisse Anzahl Personen nicht mehr überschreiten. Die logische Folge dieser doppelten Plafonierung (anzahlmässig und kreditmässig) für die Personalsektion war, dass ab 1981 nur noch neue Stellen bewilligt werden konnten, wenn gleichzeitig andernorts abgebaut wurde.

Begriff der Hilfskraft im EDA

Bis auf wenige Fälle gelangen alle unsere Hilfskräfte im Ausland zum Einsatz. Diesem Umstand tragen die "Weisungen des Eidgenössischen Finanzdepartementes betreffend Bewilligung und Anstellung von Hilfskräften in der allgemeinen Bundesverwaltung" vom 2. November 1981 Rechnung, indem dort unter Ziff. 1.2.3 die Lokalangestellten bei schweizerischen Vertretungen im Ausland unter dem Titel 1.2 "Bedienstete mit Sonderregelung" aufgeführt sind.

Ausland (Grundlage: Weisung 240)

Bürohilfspersonal: wie Ausläufer, Bürodienner, Weibel, Hilfsweibel

Dienstpersonal: Hauswarte, Pförtner, Gärtner, Wächter,
Handwerker, Putzpersonal, Chauffeure

mit zeitlich unbegrenzter Anstellungsdauer

Handelsassistenten: gegenwärtig 17. Diese im Rahmen des Bundesbeschlusses "Förderung der Beschäftigung" (BB vom 17.3.1983) zusätzlich bewilligten Hilfskräftenstellen und der damit verbundene Spezialkredit waren ursprünglich bis Ende 1986 befristet gewesen; mit Bundesbeschluss vom 17.12.1986 über den Voranschlag für das Jahr 1987 und die Bewilligung von Verpflichtungskrediten wurde die Befristung dieser Stellen um weitere 4 Jahre verlängert (bis 31.12.1990). Ein Antrag um Verlängerung um weitere 4 Jahre und Erhöhung auf 25 Einheiten ist gegenwärtig in Bearbeitung.

mit zeitlich unbegrenzter Anstellungsdauer

- Ersatzanstellungen für vorstehende Personengruppen während krankheits- oder ferienbedingten Absenzen (also zeitlich befristet).
- Ersatzanstellungen für Etatstellen während krankheits- oder ferienbedingten Absenzen (also zeitlich befristet).
- sogenannte "unechte Hilfskräfte" (siehe dazu separate Aktennotiz)

Zentrale

- Praktikanten (zeitlich begrenzt), in der Regel 3 Monate
- Erwerbsbehinderte (zeitlich unbegrenzt)
- sog. A4 Hilfskräfte der DEH, die für maximal 4 Jahre an der Zentrale in den Dienst genommen werden dürfen, um die ins Ausland delegierten Mitarbeiter ersetzen zu können.
- Ersatzanstellungen für krankheitsbedingte Absenzen von Etatstellen (zeitlich begrenzt)
- Hilfskräfte, welche im Rahmen einer Sonderaktion durch Bundesrat oder Personalamt bewilligt wurden, z.B.
 - 2 Hilfskräfte, befristet bis längstens 31.12.1991 im Zusammenhang der 700-Jahrfeier
 - 10 Hilfskräfte (7 neu und 3 aus Kontingent) für Immapro-Projekt, befristet bis 31.12.1991

Entwicklung der Hilfskräftestatistik seit der Plafonierung 1981

	<u>Beantragt</u>	<u>Bewilligt</u>	<u>Effektiv angestellt</u> (im Jahresdurchschnitt)
1981		516	523,66
1982		520	521,9
1983	532	520*	483
1984	522	510	494
1985	526	506	495
1986	-	514**	502
1987	518	518	513
1988	525	525	522,2
1989	538	538***	538
1990	547	547	?
1991	570 mit Voranschlag		

* inkl. 17 neu bewilligte Handelsassistenten

** Erhöhung wegen Umstellung von 44 auf 42 Stunden/Woche

*** inkl. per 31.12.1991 wieder abzugebende 9 HK

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass bis 1988 eine äusserst restriktive Politik in der Bewilligung von neuen Hilfskräftestellen angewandt wurde. Die tiefen Zahlen der effektiv angestellten Personen sind auf die Tatsache zurückzuführen, dass die vollständige Besetzung der 17 im Jahre 1983 bewilligten lokalen Handelsassistenten wegen Rekrutierungsschwierigkeiten erst 1985 zustande kam.

Gemäss vorhandenen Unterlagen wurden unsere mit Voranschlag eingereichten Begehren seit 1981 und bis 1987 regelmässig gekürzt. Dies hatte zur Folge, dass ab 1988 überhaupt auf keine Reserven mehr zurückgegriffen werden konnten, und dass trotz restriktiver Bewilligungspolitik im Jahre 1988 der Plafond erstmals beinahe erreicht wurde. Die Entwicklung der Hilfskräftestatistik ab 1988 läuft somit parallel zu derjenigen der Etatstellen und es ist zu befürchten, dass der Plafond im 1990 erstmals überschritten wird.

Lösungsvorschlag zur künftigen Einhaltung des Plafonds

Der Grossteil unserer im Ausland angestellten Hilfskräfte fällt unter die Personalkategorie "Dienstpersonal", zu welcher hauptsächlich folgende Berufsgattungen gehören: Chauffeure, Reinigungspersonal, Handwerker, Wächter, Gärtner und Hauswarte; Chargen also, die selbst in den betreffenden Ländern eher zu den Beschäftigungen in den untersten Lohnkategorien zählen. Dementsprechend ist der finanzielle Aufwand kaum vergleichbar mit einer Hilfskraft in der Schweiz. Folglich sollten diese bezüglich Einheit auch nicht gleichgewertet werden wie diejenigen in der Schweiz. Wir schlagen deshalb vor, diese Personenkategorie anzahlmässig von einer Plafonierung auszuschliessen und sie nur noch kreditmässig zu erfassen. Diese Lösung würde gegebenenfalls finanzielle Einsparungen erlauben, da z.B. im Zusammenhang eines minimalen Schutzes für unsere Mitarbeiter in Drittweltländern in letzter Zeit vermehrt Sicherheitsfirmen, anstelle von durch uns direkt angestellte Wächter, beigezogen werden mussten. Dasselbe gilt für den Gartenunterhalt und für die Reinigung von Büroräumlichkeiten, wo seit 1989 ebenfalls vermehrt Garten- und Reinigungsinstitute mit Aufgaben betraut werden mussten, die ein Gärtner oder eine Putzfrau bedeutend billiger zu erledigen vermocht hätte, die wegen einer Plafondüberschreitung jedoch nicht bewilligt werden konnten.

Gemäss Statistik per 14.6.1990 könnte auf diese Art und Weise das Hilfskräftekontingent insgesamt um ca. 300 Einheiten gesenkt werden, ohne dass dem Bund Mehrkosten entstehen würden. Der Personalstopp, der im Grunde ja eine Eindämmung der Personalkostenexpansion zum Ziele hatte, würde durch diese Massnahme nicht unterlaufen.

Statistik per 14.6.1990

96	Chauffeure	=	91,14	Einheiten
19	Hauswarte, Hilfshauswarte, Handwerker	=	16,37	Einheiten
52	Wächter	=	50,91	Einheiten
100	Gärtner	=	92,73	Einheiten
<u>84</u>	<u>Putzer/innen</u>	=	<u>48,91</u>	<u>Einheiten</u>
351	Personen total	=	300,06	Einheiten
===			=====	

Die ideale Lösung wäre selbstverständlich die komplette Eliminierung der anzahlmässigen Beschränkung sowohl im Ausland als auch an der Zentrale, d.h. eine Rückkehr der bis 1981 praktizierten Politik der nur kreditmässigen Plafonierung. Gestützt auf die Entwicklung der letzten 2 Jahre ist mit grosser Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass wir die uns anzahlmässig auferlegte Kontingentierung in Zukunft nicht mehr einhalten werden können. Durch unser weltweites Vertretungsnetz sind wir mit der Bewilligung von Hilfskräften stark an äussere Umstände gebunden, ohne dass wir diese beeinflussen könnten. Eine Verschlechterung der Infrastruktur und die weltweite Zunahme der Kriminalität zwingen uns geradezu, laufend neue Hilfskräfte zu bewilligen. Es wäre grotesk zu erwarten, dass bei baulichen Sicherheitsmassnahmen des AFB, z.B. beim Bau einer Wächterstation, diese alsdann leer stehen müsste, nur weil dazu die benötigte Hilfskraft fehlt. Die Fertigstellung des neuen Kanzleigebäudes mit Dienstwohnungen in Kinshasa im November 1990 erfordert auf einen Schlag die Anstellung von 10 neuen Wächtern, HK-Einheiten die anzahlmässig nicht bewilligt werden können - obwohl billig - und deren Aufgaben einem Bewachungsinstitut übergeben werden müssen, um ein weiteres Paradebeispiel zu nennen.

Allein der Voranschlag an Hilfskräften bereitet uns heute die allergrösste Mühe. Gerade die temporären Anstellungen lassen sich kaum im voraus einschätzen. Sie drängen sich für krankheits- oder ferienbedingte Abwesenheiten oder saisonalbedingter Verstärkungen auf, weil an allen über den ganzen Globus verteilten Einsatzorten der Personalbestand auf ein striktes Minimum beschränkt ist. Weder Länge der Einsatzdauer, noch Höhe des Beschäftigungsgrades sind zuverlässig voraussehbar. (Beispiel: Liberalisierung in Osteuropa mit anschliessender Visaflut und massiver Verstärkung sämtlicher dortiger Vertretungen). Dieser Umstand erschwert natürlich auch eine genaue Stellenbewirtschaftung, m.a.W. also: Ein Grossteil dieser befristeten Anstellungen wird uns wiederum durch äussere Umstände aufgenötigt, ohne dass wir dies beeinflussen könnten. Die Vielzahl unserer Arbeitsorte, von denen jeder seine eigene Infrastruktur benötigt, und deren geografische Verteilung, verhindern eine gegenseitige Aushilfe.

Das ist unbedingt zu berücksichtigen. Der Bestand an Hilfskräften würde sich jedoch nicht um die gleiche Anzahl verringern, da der Leistungsgrad der Beschäftigten nur bei 90% liegt.

201/1981

2.1 Verzeichnis der "unbesetzten Hilfskräfte"

a.321.21 - SIG
a.215.0

Bern, den 20. Juli 1990

"Unechte Hilfskräfte"

Aktion "Ueberführung von unechten Hilfskräftestellen in Etatstellen"

Im Rahmen dieser Ueberführungsaktion wurde unser Departement vom Eidg. Personalamt ermächtigt, auf den 1. November 1981 17 (von insgesamt 756 in der allgemeinen Bundesverwaltung) unechte Hilfskräfte in Etatstellen zu überführen.

Rückblickend zeigt es sich, dass man von unserer Seite möglicherweise zu bescheiden war oder sich genierte, eine grössere Anzahl von zu bereinigenden Dienstverhältnissen anzumelden. Jedenfalls konnten bereits 1984 ohne weitere Nachforschungen leicht zwei Dutzend Fälle vorgelegt werden, die eigentlich auch durch die damalige Ueberführung hätten erfasst werden sollen. Zwischenzeitlich ist der Bestand der "unechten Hilfskräfte" auf insgesamt 32 Personen gestiegen; allesamt im Ausland beschäftigt. Dieser Umstand ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass bei fehlenden Etatstellen der anfangs temporäre Charakter einer Anstellung unbefristet weitergeführt werden muss. Andererseits kommt es vor, dass sich unbeabsichtigt im Laufe der Zeit eine Hilfskräftestelle zu einer Etatstelle entwickelt, sei es durch die Evolution eines Pflichtenheftes, sei es, weil einem Angestellten mit der Zeit mehr und verantwortungsvollere Aufgaben übertragen worden sind, dies u.U. auch im Zusammenhang mit einem Abbau des Personalbestandes oder dem Hinzukommen neuer Obliegenheiten.

Bei einer erneuten Ueberführungsaktion sollten diese Hilfskräfte deshalb unbedingt in Etatstellen überführt werden. Der Bestand an Hilfskräften würde sich jedoch nicht um die gleiche Anzahl verringern, da bei Letzteren der Beschäftigungsgrad mehrheitlich nur bei 90% liegt.

Beilage:

- 1 Verzeichnis der "unechten Hilfskräfte"

Unechte Hilfskräfte

Begriff: Hilfskräfte die gemäss Pflichtenheft Aufgaben einer
Etatstelle erfüllen.

<u>Dienstort:</u>	<u>Name</u>	<u>Tätigkeit</u>	<u>Angestellt seit:</u>
Amman	NICOLA Alice	Empfang, Telefon, Uebersetzungen, Visa	1.7.1987
Barcelona	THOMMEN Elisabeth	Sekretariatsarbeiten, Telefon, Empfang	23.4.1990
Beijing	WANG Jialu	Dolmetscher, Handelsangelegenheiten	17.10.1988
Brasilia	MURAD Maria da Conceicao	Telefon, Uebersetzungen, Empfang	1.5.1979
Bruxelles-Mission	MINJAUX Cécile	Telefon	1.4.1980
Conakry	ZABATT Yasmine	Sekretärin	1.2.1989
Djeddah	ALHAJ Badri Mohammed	Visa	1.2.1987
Freiburg i/Br.	SCHMID Elisabeth	Kanzlei	1.9.1989
Harare	ABINALA Maxon	Empfang, Visa	1.7.1980
Hong Kong	LEE Sai Ming Simon	Visa	4.1.1971
Islamabad	SATTI Fazal Dad	Empfang, Visa	12.3.1973
Islamabad	SULTAN Mohamed	Telefon, Empfang, Visa	1.3.1962
Istanbul	CANTAY Cemil	Visa, Empfang	14.11.1983
Istanbul	NAGEL Ilonka	Visa, Empfang	1.5.1990
Kuala Lumpur	HASHIM HABSAH	Empfang, Telefon	1.11.1985
Kuwait	FARAH Ahlam	Visa	16.4.1980
New York UNO	OESCH Karin Rita	Empfang, Telefon	11.9.1989
San Francisco	ASCHWANDEN Adrian	Empfang, Visa	16.3.1984
Santiago de Chile	VIELI Pedro Alfonso	Visa, Asylfälle	1.6.1984
Tunis	SRASRA Hedi	Telefon, Empfang, Visa	19.6.1961
Lomé	AVOULETE Amouzou	Empfang	12.5.1986
Akkra	ANNAN Frank Kwesi	Telefon, Empfang, Visa	3.11.1960
Budapest	Dvorszkzy Csilla	Empfang, Visa	1.1.1990
Ottawa	SCHEUBER Ahmad Dorothea	Sekretärin und Mitarbeiterin Kanzlei	1.12.1989

Unechte Hilfskräfte

<u>Dienstort:</u>	<u>Name:</u>	<u>Tätigkeit:</u>	<u>Angestellt seit:</u>
Wien	PUCHEGGER Josef	Empfang, Visa, Telefon	1.6.1980 (Mission)
Marseille	MEIER Gilbert	Registrierung, Archiv	1.12.1986
Singapur	GOH-TAN Lee Noi	Empfang, Telefon	17.4.1979
Tel-Aviv	SARADA Daniel Joseph	Empfang, Visa, Telefon	1.10.1985
Tel-Aviv	GARGUI Maurice	Empfang, Visa, Telefon	25.11.1957
Luanda	BAMBA I.	Sekretärin	1.8.1990
Tripoli	BISHUN E.	Visa, Sekretärin	24.6.1990
Yaoundé	?	Sekretärin	?

Total per 20.7.1990 = 32

=====

Personalbestand EDA - Etatstellen (Budgetrubrik 211)

1. Januar 1990	Dipl. (inkl.Stag.)	Kons. (inkl.Stag.)	Sekr.	Allg.	Ang./Uebr.	Total
ZENTRALE	104	75	98	230.16	80.84	588
AUSLAND	186	444.5	241	56	289.66	1218.16
F.I.*		4.5	1	2.5		1806.66
Windhoek**	1		1			8
						2
	292	524	340	288.66	372	1816.66

Eff. Bestand (Ist-Zustand) 1816.66
 Ausklammerung (FI/Windh.) / 10
 Stat.ausgewiesener Bestand 1806.66
 Bewilligter Bestand (Plafond) 1798.5
 Plafondüberschreitung + 8.16

1. Juli 1990

ZENTRALE	Dipl.	Kons.	Sekr.	Allg.	Ang./Uebr.	Total
G S	7	1	8	6	1	23
P.D (I - III)	51	11	26	34	5	127
D.I O	9	2	6	15	9	41
D V	9	4	6	13.80	4.50	37.30
D E H	5	3	20	84.80	32.19	144.99
D V A	9	45.5	16	76.06	26.65	174.21
D-Stageiaires Inland	17					
Genf	9		7	4	3	23
z.Zt.Bern(Transf./ Austr.)	2	5	4			11
	118	72.5	93	233.66	81.34	598.50
AUSLAND	186	444	246	57	291.75	1224.75
F.I.*		4.5	1	2.5		1823.25
Windhoek**	1		1			8
						2
	305	521	341	293.16	373.09	1833.25

Eff. Bestand (Ist-Zustand) 1833.25
 Ausklammerung (FI/Windh.) / 10
 Stat.ausgewiesener Bestand 1823.25
 Bewilligter Bestand (Plafond) 1806.5
 Plafondüberschreitung + 16.75
 ø Plafondüberschreitung
 Januar-Juni 1990 = + 7.51

ø Plafondüberschreitung
 Januar-Juni 1990 = + 7.51

* F.I. ab Juli 90 werden nur noch 8 E ausgeklammert /Plafond /,2
 ** Windhoek 2 E zählen ab Juli zum Bestand /Plafond + 2
 Veränderung Plafond = 0



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

a.231.1 - PM/KON

3003 Bern, den 28. Juni 1990

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Eidgenössisches Personalamt
Bundesgasse 32

3003 B e r n

Begründung der Stellenbegehren EDA 1991

Herr Direktor,

Am 7. Mai 1990 haben wir Ihnen unser Stellenbegehren im Rahmen des Voranschlages 1991 unterbreitet und darauf hingewiesen, dass die Begründungen für die einzelnen Stellen erst im Rahmen des von uns zu erstellenden Konzepts über die Personalsituation im EDA vorgenommen werde.

In der Zwischenzeit wurden wir von Ihnen beauftragt, die Begehren nach 3 Prioritäten zu ordnen. Das Ergebnis haben wir Ihnen am 18. Juni 1990 vorgelegt mit dem Vermerk, die Begründung, warum es uns nicht möglich war, Prioritätenlisten von 40%, 30% und 30% zu erstellen, folge unter diesen Umständen vor Abschluss der Arbeiten am Personalkonzept. Diese Begründung finden Sie in beiliegender Notiz.

Weil die Zahl der für 1991 beantragten Stellen mit 79,75 Einheiten wesentlich höher liegt als in früheren Jahren, haben wir die einzelnen Begehren möglichst umfassend erläutert. Bei verschiedenen Stellen werden dabei auch die bereits unternommenen Rationalisierungsmassnahmen aufgeführt oder erklärt, warum solche nicht mehr möglich sind.

Wie wir im Brief vom 7. Mai 1990 erwähnt haben, hängt die Art der Realisierung der von der DEH beantragten 12,5 Stellen vom Entscheid des Parlaments über den neuen Rahmenkredit ab. Für den Fall, dass diese Stellen im üblichen Verfahren beantragt werden müssen, finden Sie deren Begründung und Prioritätensetzung im Anhang 1 zur Notiz.

Im Unterschied zum Schreiben vom 18. Juni beläuft sich das Total der beantragten Stellen ohne DEH nicht mehr auf 68,25, sondern auf 67,25 Einheiten, da die Stelle des Ständigen Beobachters der Schweiz bei der Abrüstungskonferenz in Genf aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom EMD abgegeben werden muss. Im weiteren wurde eine Stelle irrtümlicherweise der Kategorie I statt III zugeordnet. Die Verteilung sieht entsprechend wie folgt aus:

1. Kategorie: 15,5 Stellen, welche im Laufe dieses Jahres besetzt oder für 1991 beim Bundesrat beantragt werden mussten,
2. Kategorie: 36,75 Stellen, welche von den Direktionen in erster Priorität beantragt wurden,
3. Kategorie: 15 Stellen, welche von den Direktionen in zweiter Priorität beantragt wurden.

Bezüglich Einsparungen ist zu ergänzen, dass nebst den 3 konsularischen Mitarbeitern, die in Conakry, Djeddha und Kinshasa zugunsten Verstärkungen in Singapur, Vancouver und Santo Domingo abgezogen wurden, nur 3 Stellen durch Nichtmehrbesetzung von Posten des Sekretariatsdienstes eingespart werden konnten, nämlich Beirut, Rabat und Buenos Aires. Dank dieser Einsparungen konnten Nikosia, Harare und Berlin/DDR neu besetzt oder verstärkt werden.

Wir versichern Sie, Herr Direktor, unserer vorzüglichen Hochachtung.

DIREKTION FUER VERWALTUNGS-
ANGELEGENHEITEN UND AUSSENDIENST
i.A.

(C. Krieg)

Kopie mit Beilage an:

- GS
- PD
- DIO
- DV
- DEH
- MA, KRI, BRO

a.231.1 - PM/KON

Bern, den 27. Juni 1990

Notiz an das Eidgenössische PersonalamtBegründung der im Voranschlag 1991 beantragten 67,25 Stellen des EDA (ohne 12,5 Stellen der DEH)I. Folgende im Begehren 91 beantragte 15,5 Stellen mussten oder müssen im Laufe 1990 besetzt werden oder sind für 1991 fest zugeteilt:1. Generalsekretariat - 1 Einheit

Da die Stelle des Chefs Presse und Information ab 1.9.90 von aussen besetzt wird, wurde eine neue Stelle geschaffen, die nur bis Ende Jahr durch Verzicht der Besetzung der vakanten Stelle eines Juristen im GS abgedeckt wird.

2. Politische Direktion - 5 Einheiten

- Mit Bundesratsbeschluss vom 28. März 1990 wurden dem Integrationsbüro 7 neue Stellen bewilligt, die bis Ende 1990 aus dem Bundesratskontingent zur Verfügung stehen. Ab 1991 muss das EDA drei dieser Stellen (1 Informationsbeauftragter und 2 Sekretärinnen) aus dem eigenen Kontingent zur Verfügung stellen.

- Im KSZE-Dienst der Politischen Abteilung III musste bereits dieses Jahr aus folgenden Gründen eine neue Stelle geschaffen werden:

Die Verhandlungen in Wien über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen haben sich zu einem quasi-permanenten Forum ausgeweitet. Diese Verhandlungen dürften, wie alle Anzeichen bestätigen, bis nahe an die nächste KSZE-Folgekonferenz (1992) herangeführt werden.

Auf dem letzten KSZE-Folgetreffen in Wien (1989) wurde die grösste Anzahl an Expertentreffen und Konferenzen zu einzelnen Themen beschlossen. Im Jahr 1991 werden es, wie in diesem Jahr, wiederum 3 Konferenzen sein, die jeweils 4 Wochen dauern.

Wesentliche zusätzliche Aufgaben entstehen durch die intensivierte Diskussion über die Neuordnung Europas. Sie führt innerhalb der KSZE einerseits zu einem verstärkten Tagungsrythmus und andererseits zu neuen Arbeitsgebieten wie der Frage der Institutionalisierung. Im Hinblick auf das geplante Gipfeltreffen vom Herbst 1990 beispielsweise gilt es, nebst der eigentlichen Gipfelvorbereitung, Vorbereitungstreffen zum Thema "Institutionalisierung" zu betreuen. Nach dem Gipfel werden diese Aufgaben wohl intensiviert fortgesetzt, erscheint doch von verschiedenen Seiten her der Ruf, es seien Kommissionen zu schaffen, welche sich eigens mit diesem Thema befassen.

Die bestehenden Verhandlungen führen, insbesondere wenn sie erfolgreich abgeschlossen werden, zu vermehrtem Arbeitsaufwand. Nebst dem ganzen Notifikationswesen, das sich im Bereich der militärischen Sicherheit bereits eingespielt hat, dürfte insbesondere die Verifikationsfrage eine erhebliche Mehrbelastung bringen. Sie setzt schon ein, indem sich die Schweiz Gedanken machen muss, welche Stellung sie in dieser Frage einnehmen will, und indem sie Verhandlungen in verwandten Bereichen, beispielsweise den "Open Skies", verfolgt und genauestens analysiert und sich nach Möglichkeit daran beteiligt.

Nur die Besetzung des KSZE-Dienstes mit einem Chef und drei Sachbearbeitern erlaubt, dass jeder Sachbearbeiter einen der grossen drei Bereiche (Körbe) der KSZE behandeln kann, also:

- o Sicherheit (vertrauensbildende Massnahmen, Rüstungskontrolle, Abrüstung)
 - o Menschenrechte, friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Kulturforum
 - o Wirtschaft, Umweltschutz, Mittelmeerfragen, Institutionalisierungsdiskussion
- Der Politischen Abteilung III musste seit Juni dieses Jahres eine zusätzliche Sekretärin zugeteilt werden, da der Arbeitsanfall von 1 Sekretärin nicht mehr bewältigt werden konnte.

3. Direktion für internationale Organisationen - 1 Einheit

- Der Sektion Umwelt musste im Hinblick auf den Arbeitsantritt eines neuen Mitarbeiters und den Umzug der Sektion Kultur und UNESCO an die Gurtenbergstrasse eine zusätzliche Sekretärin zugeteilt werden, da in Folge des Umzugs eine der Sekretärinnen nicht mehr zu 50% für die Sektion Umwelt und Wissenschaft arbeiten konnte.

4. Direktion für Völkerrecht - 1 Einheit

Es handelt sich um die zu erwartende Wiederbesetzung der vakanten Stelle des Rechtsberaters ab Januar 1991.

5. Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst

- 7,5 Einheiten

a) Zentrale - 1,5 Einheiten

- Die für die Personalsektion beantragte halbe Einheit muss im laufenden Jahr besetzt werden. Die unerwartet starke Belastung durch neue Aufgaben im Bereich der Guten Dienste und friedenserhaltenden Aktionen sowie der seit langem fällige Ausbau der nur mit 0,25 Einheiten

besetzten Stelle Klassifikation machte diese Massnahme unumgänglich.

- Die Reise- und Transportsektion ist nicht mehr in der Lage, alle ihre termingebundenen Geschäfte fristgerecht zu erledigen. Es war unerlässlich, schon dieses Jahr eine Stelle auszuschreiben, um der Arbeitsüberlastung Herr zu werden.

b) Genf - 2 Einheiten

- In der Delegation bei der EFTA und beim GATT musste ab Mai 1990 ein zusätzlicher diplomatischer Mitarbeiter für die EFTA-Tätigkeit eingesetzt werden. Bis Ende Jahr stellt das BAWI diese Einheit zur Verfügung.

Die Schaffung dieser neuen Stelle war allein schon im Hinblick auf die EWR-Verhandlungen in Brüssel unumgänglich.

Neben dem Brüsseler follow-up haben aber auch die übrigen Tätigkeiten der EFTA zugenommen, namentlich in bezug auf die Beziehungen der EFTA zu Drittländern infolge der Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten.

Infolge des Ausbaus der Beziehungen der EFTA zur EG hat die Tätigkeit der beiden beratenden Organe der EFTA - das Konsultativkomitee (Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) und der parlamentarische Ausschuss - ebenfalls an Bedeutung zugenommen.

All dies führte vor Entsendung eines weiteren Mitarbeiters zu einer starken Ueberlastung des Delegations-Stellvertreters, was ihm wegen Ueberschneidung von Sitzungen und wegen anderweitiger Beschäftigung häufig verunmöglichte, an den Sitzungen der Ausschüsse und der Experten teilzunehmen.

Im übrigen sei erwähnt, dass bis auf Norwegen die anderen Länder neben dem Delegationschef mit zwei Mitarbeitern in Genf vertreten sind. Oesterreich verfügt sogar über drei Mitarbeiter für EFTA-Angelegenheiten.

- Wegen des stark wachsenden Arbeitsvolumens im EFTA- und GATT-Bereich musste ebenfalls das Sekretariat an der Delegation um 1 Einheit aufgestockt werden. Die Begründung ist teilweise aus obigen Ausführungen ersichtlich. Dazu kommt, dass die Schweiz ab 1. Juli 1990 das EFTA-Präsidium innehaben wird, was erfahrungsgemäss auch einen bedeutenden Mehraufwand im Sekretariat zur Folge hat, zumal zur selben Zeit die Verhandlungen über das EWR-Abkommen laufen.

c) Ausland - 4 Einheiten

- In Islamabad wird 1991 eine neue Residenz sowie ein Kanzleigebäude gebaut. Für die Koordination und Ueberwachung des Baus muss ab Baubeginn ein Hausmeister eingesetzt werden.

- Für die Wiedereröffnung der Botschaft in Hanoi wird bis Ende 1991 das schweizerische Personal (3 Einheiten) aus dem Bundesratskontingent zur Verfügung gestellt. Da für Uebersetzungsdienste und Empfang noch keine Einheit bewilligt wurde, ist die Beantragung einer Lokalkraft unumgänglich.
- Nachdem der Bundesrat der Eröffnung eines Generalkonsulates in Windhoek zugestimmt hat, müssen nach Auflösung des Verbindungsbüros zwei (konsularischer Mitarbeiter und Lokalangestellte) der vier für die Führung dieses Postens benötigten Einheiten neu beantragt werden.

II. Folgende im Begehren 91 beantragte 36,75 Stellen sind in erster Priorität zu besetzen:

1. Generalsekretariat - 1 Einheit

- Im Hinblick auf das Vize- und Präsidialjahr von Bundesrat R. Felber muss das GS um eine Einheit verstärkt werden. Diese Verstärkung ist notwendig, weil dem Vizepräsidenten infolge der 700-Jahrfeier nächstes Jahr vermehrt Aufgaben zufallen, die üblicherweise im Aufgabenbereich des Bundespräsidenten liegen. Abgesehen vom kurzfristigen Bedarf dieser Einheit, dient die Schaffung eines zusätzlichen Postens im GS auch den Bemühungen zur Entlastung des Departementsvorstehers.

2. Politische Direktion - 3 Einheiten

- Koordinator Osteuropa-Hilfe: Die Stelle des ad interim bis Herbst 1990 tätigen Mitarbeiters wird ausgeschrieben. Sollte die Rekrutierung eines spezialisierten Mitarbeiters von aussen, der via Rahmenkredit angestellt würde, nicht möglich sein, müsste die Stelle intern besetzt werden.
- Sekretariat Staatssekretär: Seit Jahren besteht ein unbefriedigender Zustand aufgrund der vollen Inanspruchnahme der Sekretärin des Staatssekretärs auch durch dessen Sekretär. Dieser ist mit den verschiedensten Koordinationsaufgaben innerhalb der Direktion betraut, was mit grossem administrativem Aufwand verbunden ist. Diese Arbeiten werden vor allem von der Sekretärin des Staatssekretärs ausgeführt (z.B. Fotokopieren von parlamentarischen Vorstössen, deren Weiterleitung an die betreffenden Dienste/ Abteilungen zur Erledigung und Terminüberwachung etc.).

Der Sekretär führt in seinem Büro eine Registratur von Akten, die jederzeit griffbereit sein müssen. Das sehr zeitintensive Ablegen dieser Papiere muss er selber besorgen, da die Sekretärin des Staatssekretärs bereits voll ausgelastet ist zudem redigiert er zahlreiche Telegramme, Gesprächsnotizen, Briefe und führt sämtliche Korrespondenz im Zusammenhang mit den Reisen des Staatssekretärs; alles Arbeiten, die raschmöglichst getippt werden sollen. Wenn die einzige Sekretärin im Staatssekretariat selber ausgelastet ist, entstehen oft Engpässe, die nur mit zahlreichen Ueberstunden überwunden werden können.

Da Spitzen im Arbeitsanfall des Staatssekretariates unregelmässig sind, ist vorgesehen, dass die zweite Sekretärin dieses Dienstes auch bei den Politischen Abteilungen aushilft, da deren Sekretariate sehr oft ebenfalls überlastet sind.

- Le service de la politique de paix consiste à l'heure actuelle que d'une seule personne à savoir son chef.

Toutefois, dans le cadre de l'organisation du travail au sein de la Division politique III, un collaborateur du Service du désarmement et des questions nucléaires, consacre un tiers de son temps à un dossier qui est de la compétence

du Service de la politique de paix, la recherche sectorielle. Cette solution ne peut être que transitoire étant donné que les activités principales de ce collaborateur qui se situent dans le domaine du désarmement chimique prendront dans les mois et années à venir une importance croissante.

Par ailleurs, dans l'hypothèse où une cellule bons offices devait être créée au sein du Service de la politique de paix, les tâches de ce Service augmenteraient en proportion.

Dans ces circonstances, il conviendra dès 1991 de doter le Service de la politique de paix d'un deuxième collaborateur diplomatique.

3. Direktion für internationale Organisationen - 3 Einheiten

- Die neue Kanzlei an der Gutenbergstrasse für die Sektion Kultur und UNESCO, den Mediendienst, die Nationale Schweizerische UNESCO-Kommission (NSUK) und das Sekretariat der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (KOKO) musste aus folgenden Gründen um eine zweite Einheit aufgestockt werden:

- o Mehrarbeit resultierend aus der Trennung der Kanzlei Kultur/UNESCO von der DIO-Kanzlei sowie der Einrichtung der neuen Kanzlei an der Gutenbergstrasse,
- o Engpässe durch gleitende Arbeitszeit,
- o Ferien-, Krankheits- und Militärabwesenheiten,
- o Mehrbelastung durch Kanzleiarbeiten für NSUK und KOKO.

Diese neue Stelle wurde vorläufig mit einer Hilfskraft besetzt. Um "falsche Hilfskräfte" zu vermeiden, sollte die Stelle ab 1991 in eine Etatstelle umgewandelt werden.

- Kanzlei Gurtengasse: mit dem Umzug der Kultur- und UNESCO-Sektion an die Gutenbergstrasse wurde die Kanzlei an der Gurtengasse um einen Registrator verringert. Die Aufgaben der Kanzlei reduzieren sich hingegen nicht. Einerseits werden die neu an die Gurtengasse einziehenden Dienste der Politischen Direktion ebenfalls von dieser Kanzlei betreut, andererseits dürften die kurzfristig vorgesehenen bzw. angebotenen Personalaufstockungen in der Umwelt-, der Wissenschaft- und der UNO/I.O.-Sektion Mehrarbeit verursachen. Hingewiesen sei auch auf die ständig wachsende Anzahl von Telefaxen, welche an der Gurtengasse eingehen und dort bewältigt werden müssen.

Auch diese Stelle musste bereits mit einer Hilfskraft, die nächstes Jahr in eine Etatstelle umgewandelt werden sollte, besetzt werden.

- Die Wissenschaftssekktion, deren Aufgaben in den letzten Jahren stark zunahm, braucht einen zusätzlichen Mitarbeiter. Die ausführliche Begründung dieses Antrags finden Sie im Anhang 2.

4. Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst

29,75 Einheiten

a) Zentrale - 8,5 Einheiten

- Die neugeschaffene "Koordinationsstelle für die Revision der Weisungen und Reglemente" wird zur Zeit von einer halben Einheit des Verwaltungsinspektorates betreut. Bei Versetzung dieser Mitarbeiterin im Verlaufe von 1991 muss diese Stelle mit einer Halbtageskraft besetzt werden, da das Inspektorat längerfristig nicht auf diese halbe Einheit verzichten kann. Im EDA-Rahmen entspricht diese Funktion der Bundeskanzlei und ist vom Rechtsdienst DVA getrennt.
- Die Sektion Bezüge und Zulagen beantragt eine zweite Sekretärin. Die Sekretärin der Sektion Bezüge und Zulagen, die nicht nur die Korrespondenz für den Sektionschef, sondern gleichzeitig auch die Schreivarbeiten von 4 Sachbearbeitern und gewisse Arbeiten für den Entschädigungsdienst zu erledigen hat, ist schon seit geraumer Zeit ausserstande, die ihr übertragenen Aufgaben termingerecht zu erledigen. Ständig muss intern nach Aushilfskräften gesucht werden, was jeweils noch mit zusätzlichem Zeit- und Instruktionsaufwand verbunden ist. Die Sektion musste in letzter Zeit neue Aufgaben übernehmen. Insbesondere ist sie im Begriffe, das gesamte Besoldungssystem einer Revision zu unterziehen. Die in vielen Ländern auftretenden Teuerungsraten und Wechselkursänderungen bedingen in immer kürzeren Abständen die Vornahme und Auswertung von Preiserhebungen. Im weiteren wird die Sektion demnächst mit EDV-Geräten ausgerüstet und der als Systemadministrator waltende Sachbearbeiter muss von seinem angestammten Pflichtenheft teilweise entlastet werden. Die ohnehin bereits bestehenden prekären Verhältnisse, die sich durch die zunehmende Arbeitsbelastung weiter zuspitzen werden, können nur durch die Zuteilung einer 2. Sekretärin einigermaßen gelindert werden. Die Sektion hat täglich Aufgaben zu erledigen (Gesuche um Wohnungskostenbeiträge, Abrechnungen, Gehaltsaufstellungen, Anträge an EPA und Mitteilungen an Personalverbände), die in den wenigsten Fällen Aufschub erlauben.
- Der Familien-Gesundheits-Ferien- und Autodienst der Personalsektion kann seine ständig zunehmenden Aufgaben ohne Aufstockung um 1 auf 5 Einheiten auf die Dauer nicht mehr bewältigen.

Der Dienst hat letztes Jahr, nach Weggang einer langjährigen, mit der Arbeit bestens vertrauten Sachbearbeiterin, nacheinander zwei Mitarbeiterinnen wegen Austritt verloren. Beide beklagten sich über den enormen Arbeitsanfall, der praktisch einen ganztägigen Einsatz vor dem Bildschirm verlangt. Die Bewältigung der täglichen Papierflut stellt den Dienst vor immer grössere Probleme (dieses Jahr wurden bis Ende Mai bereits 10'000 Mutationen am Bildschirm eingegeben). Die seit April eingestellte

Sachbearbeiterin weist bereits 45 Ueberstunden aus. Die Sachbearbeiterin im Autodienst verfügt über einen Feriensaldo von 50 Tagen.

Dieser Zustand rührt daher, dass dem Dienst wegen Ueberlastung anderer Dienste seit 1 Jahr folgende zusätzlichen Arbeiten übertragen werden mussten, ohne dass der Personalbestand um mehr als 66% einer Arbeitskraft erhöht werden konnte:

- o Familiendienst, Verbindungsperson zu ACF/VEEDA. Arbeiten in diesem Dienst müssen zurückgestellt werden, da zuerst die tägliche Routinearbeit erledigt werden muss.
- o Schuldossier (Verzeichnis der weltweit vorhandenen Schulungsmöglichkeiten unserer Kinder). Verbindungsperson zur DEH betr. Eingliederungsmöglichkeiten in der Schweiz.
- o Postenrapporte. Kontrolle auf deren regelmässige Nachführung.
- o Autounfälle mit Privatwagen auf Dienstfahrten.
- o Erarbeitung eines neuen EDV-Ferienprogramms mit Informatik-Spezialisten.
- o Zudem erfordert die Zunahme der Anzahl Dienstfahrzeuge inkl. Sicherheitsfahrzeuge nebst den anfallenden Arbeiten mit dem Kauf immer mehr Aufwand für Ersatzteillieferungen aus der Schweiz und für die Behandlung von Versicherungsfragen.

- Für die Informatik beträgt der absolut notwendige interne Bedarf an neuen Stellen für 1991 4,5 Einheiten, nämlich:

- o Stelle des Departementsinformatikers
- o Stelle für die Programmierung des BUCHEDA-Projekts
- o Halbstelle für Teleprint
- o Stelle für die Programmierung des OSEC-Ex-Projekts
- o Stelle für die Betreuung der Büroautomation im Bundeshaus und Bundesgasse, Gurtengasse.

Die detaillierte Zusammenstellung des zur Zeit absehbaren Personalbedarfs im Informatikbereich für 1990 - 1992 finden Sie in Anhang 3:

- Der Organisations- und Archivdienst sollte um 1,5 Einheiten verstärkt werden.

Die Kürzung der in den letzten zwei Jahren beantragten Stellenbegehren dieses Dienstes hatte zur Folge, dass eine Mitarbeiterin wegen eindeutiger Ueberlastung am Arbeitsplatz durch Krankheit ausfiel. Die Verstärkung der von dieser Mitarbeiterin ausgeübten Tätigkeit um 0,5 Einheiten im Bereich Mobiliar ist deshalb unerlässlich. Aufgrund der bis Ende Mai d.J. vorliegenden Zahlen hat sich der Arbeitsanfall im Bereich Mobiliarbeschaffungen gegenüber dem Vorjahr verfünffacht.

Das Archivwesen muss ab 1991 um 1 Einheit verstärkt werden, damit sich die gegenwärtige Archivarin Aufgaben widmen kann, die bisher vernachlässigt werden mussten. Dazu gehören insbesondere Verbesserungen in der Führung der Kanzleien, die Bildung von neuen Diensten und die geplante Einführung der Büroautomation.

b) Genf - 1 Einheit

Der Chef der schweizerischen Delegation bei der EFTA und beim GATT beantragt aus folgenden Gründen die Anstellung eines Fahrers:

Der Posten des Chefs der Delegation ist von der Funktion her zu vergleichen mit den anderen multilateralen Posten im Ausland wie die Schweizerische Delegation bei der OECD in Paris und die schweizerische Mission bei den EG in Brüssel, deren Chefs über eigene Chauffeurs verfügen.

Die eigene Repräsentation und die Teilnahme an der Repräsentation anderer Länder ist ein unentbehrliches Mittel, die schweizerische Interessenvertretung korrekt durchführen zu können.

Eine Besonderheit der wirtschaftlichen multilateralen Tätigkeit an der Delegation besteht darin, dass neben der klassischen Repräsentation Arbeitessen, am Mittag und/oder am Abend durchgeführt werden.

Die Teilnahme an Anlässen in und ausserhalb der Stadt führen ohne Chauffeur zu grossen Zeitverlusten, weil die Fahrt nicht für die Vorbereitung der laufenden Geschäfte genutzt werden kann.

Ein weiterer Grund für die Anstellung eines Chauffeurs liegt darin, dass das GATT auch der Schweiz als noch letztem Land die Dokumente nicht mehr überbringen lässt und die Dokumente folglich beim GATT abgeholt werden müssen. Mit einem Chauffeur könnten auch die Dokumente der anderen Organisationen (ECE, UNCTAD) abgeholt werden, womit Verspätungen vermieden werden, die zur Folge hatten, dass die Schweiz Dokumente oft erst an den Sitzungen zur Kenntnis nehmen kann.

c) Ausland - 20,25 Einheiten

Diplomatischer Dienst - 2 Einheiten

Die Anzahl diplomatischer Mitarbeiter an unseren Aussenvertretungen wird in den nächsten Jahren erhöht werden müssen. Insbesondere gilt es, die Botschaften in Mittel- und Osteuropa zu verstärken, was in einer ersten Phase durch den Einsatz von Diplomatenanwärtern geplant ist. Die ausführliche Begründung dieser Sondermassnahmen erfolgt im Rahmen des von uns zu erstellenden Gesamtkonzepts über die Personalsituation im EDA.

An dieser Stelle werden deshalb nur die 2 Einheiten aufgeführt, die mit den Personalbegehren vom 7. Mai 1990 eingereicht wurden. Sie betreffen die Verstärkung der Botschaften in Stockholm und Belgrad um je eine Einheit.

- Der Missionschef in Stockholm hat sein Begehren wie folgt begründet: "La Suisse est en train de devenir un des interlocuteurs privilégiés de la Suède, non seulement dans le contexte de l'intégration européenne et de l'évolution politique de l'Europe de l'Est, mais aussi pour des questions de défense, de protection de l'environnement, de relations nord-sud, de politique d'immigration et d'asile, etc. En plus, les échanges culturels ont augmenté considérablement et un programme de manifestations importantes est prévu pour les années à venir. Tout ceci comporte une augmentation de travail considérable pour cette ambassade à laquelle il devient de plus en plus difficile de faire face avec un seul collaborateur diplomatique. Ceci d'autant plus que la charge de travail de la chancellerie n'a cessé d'augmenter de même et que de ce fait le chef de chancellerie ne peut collaborer dans les domaines mentionnés que de manière ponctuelle".
- Um eine Einheit einsparen zu können, wurde 1986 einer der zwei diplomatischen Mitarbeiter in Belgrad abgezogen. Dieser Entscheid muss rückgängig gemacht werden, da die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes eine längere Vakanz dieser Stelle nicht zulässt.

Konsularischer Dienst - 12 Einheiten

Durch das in den letzten Jahren ständig zugenommene Arbeitsvolumen haben einige unserer Auslandvertretungen die Grenzen des noch Verkraftbaren erreicht, wenn nicht sogar überschritten, dies trotz Vereinfachungen (vor allem auch Informatisierung der Immatrikulationskontrollen), Umstrukturierungen und Ersatz von ausgebildeten Mitarbeitern durch in der Ausbildung stehende Konsulardienststanwärter. Der Personalstopp hat ursprünglich bewirkt, dass mehr Pflichten bei gleichbleibendem Personalbestand bewältigt wurden. In den letzten Jahren wird diese Wirkung in vielen Fällen nur noch dank Leistung unzähliger Ueberstunden erreicht. Die Ursache dieser Ueberlastung liegt in der Zunahme neuer Aufgaben, wie folgende Liste zeigt:

- o die durch die Aenderung vom 14.12.1984 des Bürgerrechtsgesetzes erfolgte massive Zunahme (weltweit rund 100'000) der neu bei den Vertretungen immatrikulierten Auslandschweizer, welche auch eine Erhöhung der Passausstellungen, der Zivilstandsmeldungen, der freiwilligen AHV/IV, der Unterstützungsfälle, usw. (Erfahrungszahl: pro 2'000 Immatrikulierte ein Beamter) nach sich zogen,
- o die jährlich stark zunehmende Reisetätigkeit unserer Landsleute ins Ausland (Heimschaffungen, Passverluste, Todesfälle, usw.),

- o die durch Ausreiseerleichterungen in vielen Staaten erfolgte starke Zunahme der erteilten Einreisevisa an Ausländer,
- o Mehrarbeit infolge Interpretationsschwierigkeiten mit dem Gesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG), insbesondere bei der Namensführung mit Auslandsbeziehung.

In den kommenden Jahren werden weitere arbeitsintensive Belastungen auf die Vertretungen im Ausland zukommen, wie z.Bsp.

- o Ausstellung von Identitätskarten auch an die im Ausland niedergelassenen Schweizerbürger,
- o 2. Tranche des Bürgerrechtsgesetzes,
- o 10. AHV-Revision, die gemäss Botschaft an den Bundesrat grosse personelle Auswirkungen auf unsere Auslandsvertretungen haben wird,
- o Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizer.

Vorerst müssen aber aufgrund effektiver, schon heute bestehender Ueberlastung, 12 Vertretungen spätestens im Jahre 1991 dringend verstärkt werden.

Das mit der Arbeitssituation bei unseren Vertretungen im Ausland bestens vertraute Inspektorat kann diese Gesuche um Verstärkungen voll unterstützen. Es macht in verschiedenen Revisionsrapporten darauf aufmerksam, dass die fristgerechte und sachgemässe Erledigung der unseren Botschaften und Konsulaten übertragenen Pflichtenheften nur möglich ist, wenn den Vertretungen die erforderlichen personellen Mittel zur Verfügung stehen.

- Botschaft Nairobi: Ueber 820 Immatrikulierte verteilt auf fünf Länder mit zeitaufwendiger schriftlicher Behandlung der anfallenden Geschäfte, häufige und sehr zeitraubende Hilfe an durchreisende Schweizer, minimalster Bestand von nur zwei Konsularbeamten.
- Botschaft Bagdad: Zunahme der Visas seit 1987 von etwa 1000 auf 2500, beträchtliche Mehrarbeit in Bereich der Handelsförderung, minimalster Bestand von nur einem Konsularbeamten, sehr zeitraubender Verkehr mit den irakischen Behörden.
- Botschaft Montevideo: Zunahme der Kolonie seit 1987 von 700 auf 850 Immatrikulierte, minimalster Bestand von nur einem Konsularbeamten, der neben seinen Aufgaben als 1. Mitarbeiter auch noch mit allen Arbeiten des Kanzleivorstehers betraut ist. Die durch die politische Aufwertung bedingte Ablösung des Geschäftsträgers durch einen residierenden Botschafter und der damit verbundenen Ausweitung des Arbeitsvolumens hat zur Folge, dass diese Vertretung dringend verstärkt werden muss.

- Botschaft Tokio: Zunahme der Kolonie seit 1987 von etwa 800 auf 1000 Immatrikulierte, Visas von 270 auf 380, minimalster Bestand dieser sehr wichtigen und grossen Vertretung von nur zwei Konsularbeamten. Der 1988 erfolgte Abbau einer Einheit kann nicht mehr weiter verkraftet werden und der frühere Personalbestand muss wieder hergestellt werden.
- Botschaft Paris: Zunahme der Kolonie seit 1987 von etwa 27'000 auf über 28'000 Immatrikulierte, Visas von 10'000 auf 11'000. Ende 1987 erfolgte der Abbau einer Einheit in der Kanzlei, Mitte 1989 einer Einheit im Fürsorgedienst. Trotz grösstmöglicher Rationalisierung kann dieser Substanzverlust nicht mehr weiter verkraftet werden und bedingt eine Wiederaufstockung um eine Einheit.
- Generalkonsulat Rio de Janeiro: starke Zunahme der Hilfsfälle an durchreisende Schweizertouristen infolge erhöhter Kriminalität in dieser Stadt, mit äusserst zeitraubender Behandlung dieser Fälle.
- Generalkonsulat Lyon: Zunahme der Kolonie seit 1987 von 15'000 (1984: 13'300) auf fast 19'000 Immatrikulierte.
- Konsulat Annecy: Zunahme der Kolonie seit 1987 von 15'700 (1984: 11'500) auf 18'700 Immatrikulierte. Der grosse administrative Aufwand an diesem Posten wird nebst dem Postenchef von nur drei ausgebildeten Konsularbeamten bewältigt.
- Konsulat Freiburg i.Br.: Zunahme der Kolonie seit 1987 von 7'500 (1984: 6'000) auf 8'500 Immatrikulierte, bei einem Mitarbeiterbestand von nur zwei Konsularbeamten.

Nebst diesen 9 Gesuchen um Verstärkung sollten für 1991 die folgenden 3 Stellen neu geschaffen werden.

- Konsulat Port-Louis

Dieses Konsulat, mit eigenem Konsularbezirk, unter der Leitung eines Honorarkonsuls, wird seit einigen Monaten von einer vom Departement entlöhnten Lokalangestellten chinesischer Nationalität geführt. Infolge des stets zunehmenden Geschäftsvolumens, insbesondere auch der Eheschliessungen zwischen Bürgern der Schweiz und Mauritius, wird es für eine ordentliche Aufgabenerfüllung unerlässlich sein, dort einen ausgebildeten Konsularbeamten zusätzlich einzusetzen.

- Konsulat Dijon

Dieses Konsulat wird seit vielen Jahren von einem Honorarkonsul geleitet, dem drei versetzbare Karriereangehörige zugeteilt sind. Der gegenwärtige Konsul wird im Jahre 1991 pensioniert. Infolge des umfangreichen Arbeitsvolumens bei dieser Vertretung (rund 3'200 Immatrikulierte), deren Leitung zudem mit recht anspruchsvollen Repräsentationsverpflichtungen verbunden ist, sollte die Führung dieser Vertretung, analog unserem Konsulat in Le Havre mit vergleichbarem Geschäftsgang, einem Berufskonsul übertragen werden.

- Generalkonsulat Kingston

Dieses Generalkonsulat, mit eigenem Konsularbezirk und unter der Leitung eines Honorar-Generalkonsuls, wird seit mehreren Jahren von einer vom Departement entlohnten Lokalangestellten geführt. Infolge des für einen Honorarposten sehr grossen Arbeitsvolumens kann die Führung dieser Vertretung nicht mehr länger allein einer Lokalangestellten übertragen werden. Die Verstärkung durch einen ausgebildeten Konsularbeamten ist für nächstes Jahr vorgesehen, da die gegenwärtige Amtsinhaberin 1991 pensioniert wird.

Sekretariatsdienst - 1 Einheit

Die Botschaft in Canberra beantragt eine zweite versetzbare Sekretärin, welche für den 1. Mitarbeiter und den Kanzleichef Schreibearbeiten ausführt und die Sekretärin des Missionschefs und des Kanzleichefs bei Abwesenheit vertritt.

Lokalangestellte - 5,25 Einheiten

- Die Botschaft in Rom beantragt für den Kulturdienst die Anstellung eines/er Lokalangestellten. Dieser Dienst, der auch die Pressebeziehungen umfasst, ist mit 2 Einheiten (diplom. Mitarbeiter und Sekretärin) unterdoziert. Die kulturellen Beziehungen mit Italien nehmen im Rahmen der allgemeinen Pflege der schweizerischen kulturellen Beziehungen einen hohen Stellenwert ein, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die italienischsprachige Minderheit unseres Landes. Das Pflichtenheft des Dienstes hat in den letzten Jahren ständig an Umfang zugenommen und umfasst heute folgende Bereiche:
 - o Assistance active dans l'organisation de manifestations culturelles suisses en Italie sur la demande des intéressées, sur instructions de Pro Helvetia, de l'OFC/DFI ou de notre Département et sur initiative propre afin de susciter, de stimuler, d'encourager et d'intensifier la présence culturelle de la Suisse en Italie.
 - o Observation de la scène culturelle de la Péninsule et rapport sur ce qui est susceptible d'intéresser les Départements et Offices compétents.
 - o Réponses à toutes les demandes de renseignements concernant la culture et l'éducation en Suisse et à celles, émanant de compatriotes, sur les mécanismes institutionnels et les activités culturelles en Italie.
 - o Intervention et démarches auprès de multiples Ministères, tant pour des questions qui intéressent nos deux pays (p. ex. Commission culturelle consultative italo-suisse, accords dans les secteurs relevant de la sphère culturelle ou des media, contentieux sur les fréquences, etc.) que pour résoudre des problèmes ponctuels relatifs à des initiatives culturelles.

- o Organisation de conférences de presse lors de la présence de personnalités suisse à Rome; information des correspondants accrédités de la presse suisse en Italie sur ce qui a trait à nos relations bilatérales; information de la presse italienne (spontanément ou sur demande) sur l'actualité et sur la politique suisses dans tous les domaines.
- o Observation de l'évolution du secteur des media en Italie, des changements de la législation (lois sur la presse, sur la radio et la télévision, etc.), de son organisation politico-économique.

Zusätzlich zu diesen Tätigkeiten bringt die laufende Entwicklung des Europadossiers im kulturellen Bereich (Programm Erasmus, gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome, Medienfragen) unweigerlich Mehrarbeit für die Botschaft in einer wichtigen Hauptstadt eines EG-Landes mit sich.

- Die Botschaft in Luanda verfügt nur über 2 Etatstellen (Geschäftsträger und Sekretärin). Vorübergehend wurde dem Posten eine Hilfskraft zugestanden, welche während der Abwesenheit des Geschäftsträgers und/oder der Sekretärin aushelfen konnte. Dieser Zustand ist nicht länger tragbar, zumal auch an diesem Posten die Aufgaben auf den Gebieten Handel, humanitäre Hilfe (IKRK) und im Visadienst (1989: 840 Visas) zunehmen.
- Die Botschaft in Tripolis beantragt aus folgenden Gründen die Anstellung einer zusätzlichen Lokalangestellten:

"L'ambassade compte le même nombre de personnel depuis près de quinze ans, à savoir quatre fonctionnaires suisses et trois employés locaux. Le nombre des visas délivrés est passé de 4148 en 1976 à 12'415 en 1988 tandis que celui de nos immatriculés a fluctué entre 158 et 55 avec un maximum de 238 en 1980.

En 1989, l'ambassade a octroyé 10'344 visas, soit 2'081 de moins qu'en 1988. Cela n'implique en rien un allègement de nos tâches, bien au contraire: les restrictions imposées par Berne dans le contexte de l'affaire Hariri et le temps consacré à rejeter d'une part nombre de demandes et à soumettre individuellement d'autre part le reste à l'autorité fédérale compétente ont engendré un net surcroît de travail.

Le temps consacré à la délivrance de visas (tâches délicate et méticuleuse à Tripoli) n'a été que très partiellement compensé par la réduction des tâches administratives et d'immatriculation consécutives à la régression de notre colonie, à telle enseigne par exemple que le secrétaire passe 90% de son temps aux visas et le traducteur/assistant commercial encore davantage.

Il est évident dans ces conditions que tant la promotion commerciale que l'information locale de l'ambassade en pâtissent en conséquence.

Pour ce qui est de l'avenir à court terme, il faut s'attendre à un accroissement marqué des demandes de visas en conséquences notamment de l'augmentation des vols des compagnies européennes - et de Swissair en particulier - sur la Libye ainsi que d'un plus grand flux de compatriotes vacanciers (avec le lot de problèmes que cela comporte dans un pays difficile) en raison de l'ouverture progressive de la Libye au tourisme international."

- Das Konsulat Dubai ist nur mit dem Postenchef und einer halben Einheit dotiert, was zwangsweise die Schliessung der Büros bei Abwesenheit des Chefs zur Folge hat. Dieser Zustand ist insbesondere während der Visa-Hochsaison (1989: 5'069 Visas) nicht mehr tragbar. Die volle Anstellung der lokalen Sekretärin ist unumgänglich.
- Die Botschaft Athen musste infolge zunehmenden Arbeitsanfalls im Zivilstandswesen immer öfter ermächtigt werden, ihre zu 50% angestellte Lokalkraft vorübergehend zu Mehrarbeit beizuziehen. Diese verkappte Zusatzanstellung als Hilfskraft sollte durch Erhöhung des Beschäftigungsgrades um 50% regularisiert werden.
- Dem Generalkonsulat Barcelona musste dringend eine zusätzliche Hilfskraft zur Erledigung von Sekretariatsarbeiten, Ablage im Registraturdienst, Erledigung der Fundgegenstände, etc. zugestanden werden, um das Konsularpersonal von diesen Arbeiten zu entlasten. Diese Massnahme war aus folgenden Gründen unerlässlich: 1989 haben die AHV-Beitragszahlenden um 135 auf 1'035 zugenommen. Bei den Rentnern vermehrte sich der Bestand um 121 auf 1'460 bzw. die (arbeitsintensiven) IV-Fälle von 100 auf 130. Im Laufe dieses Jahres mussten zusätzlich 2'100 Neupässe ausgestellt werden. Die Immatrikulierten nehmen pro Jahr um durchschnittlich über 500 Personen zu. Die Kolonie (6'038 anfangs 1990) ist mehrheitlich aus Nur-Schweizern, die meisten davon im fortgeschrittenen Alter (unbeholfen, ohne Sprachkenntnisse), zusammengesetzt. Viele Registrierte wohnen weit weg vom Sitz des Generalkonsulats (allein im 700km entfernten Alicante 2'100), was die Erledigung schwieriger Fälle kompliziert. In Sachen konsularischer Schutz (Todesfälle, Unfälle, Verhaftungen, Beraubung, etc.) figuriert der Posten statistisch an vorderster Stelle.

Da ein Rückgang der Aufgaben alles andere als wahrscheinlich ist, sollte die angestellte Hilfskraft ab 1991 als Lokalangestellte im Etat figurieren.

- Das Generalkonsulat Atlanta beantragt die Erhöhung des Beschäftigungsgrades der zweiten Lokalangestellten von 75% auf 100%, um die in den letzten 2 Jahren um 20% - 25% zugenommenen Kanzleiarbeiten bewältigen zu können. Die Zunahme betrifft vorallem die Visaabteilung sowie den gesamten Post- und Telephonverkehr (der grösste Teil der Visa- und Passangelegenheiten wird schriftlich erledigt.)

III. Folgende im Begehren 91 beantragte 15 Stellen sind in zweiter Priorität zu besetzen

1. Politische Direktion - 2 Einheiten

- Ein zusätzlicher diplomatischer Mitarbeiter im Dienst Abrüstungs- und Nuklearfragen der Politischen Abteilung III.

Der in seiner heutigen Form seit den frühen achtziger Jahren bestehende Dienst hatte ursprünglich vorwiegend internationale Nuklearangelegenheiten zu betreuen (u.a. Aushandlung und Anwendung von bilateralen Kooperationsabkommen, Mitwirkung in der Schweizer Delegation an den Generalkonferenzen der internationalen Atomenergieagentur und an Sitzungen des sog. Zangger-Komitees, Mitwirkung bei der Durchführung der nationalen Massnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen, Teilnahme an den Ueberprüfungskonferenzen des Atomsperrvertrages). Dazu standen 3 Personen zur Verfügung (Chef und zwei diplomatische Mitarbeiter). Dieselben umfangreichen Aufgaben müssen heute praktisch von einer Person allein bewältigt werden.

Die übrigen personellen Mittel werden zunehmend beansprucht durch die Bemühungen insbesondere des Iraks und anderer Staaten im Nahen und Mittleren Osten, chemische und biologische Waffen sowie weitreichende Raketen zu erwerben. Die Schaffung und spätere Anwendung von zum Teil noch fehlenden nationalen und internationalen Rechtsnormen zur Kontrolle entsprechender Ausfuhren aus der Schweiz ist arbeitsintensiv und kann auf längere Sicht ohne personelle Verstärkung nicht sichergestellt werden.

- Aufgrund des stark angewachsenen Arbeitsanfalls im Hinblick auf die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft und der Vorbereitungen verschiedener Weltaustellungen beantragt das Sekretariat der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (KOKO) eine zusätzliche Einheit mit folgender Begründung:

"Les tâches du Secrétariat COCO sont en constante augmentation. Le volume de correspondance adressé à ce service a augmenté de près de 50% en deux ans et la Commission, ses groupes de travail et ses sous-GT ont tenu 51 séances en 1991, ce qui implique évidemment d'importants travaux préparatoires, la participation aux séances elles-mêmes, la rédaction de procès-verbaux et l'exécution des décisions. La Commission étant plus connue que par le passé, son secrétariat est aussi de plus en plus sollicité par les mass-médias.

Les dossier qui retiennent plus particulièrement l'attention sont les suivantes:

- o 700ème anniversaire de la Confédération à l'étranger (coordination, mais aussi réalisation de certains projets)
- o exposition universelle de Séville (est entrée dans la phase opérative/1992).

o exposition universelle de Gênes (idem/1992)

La Commission devra aussi bientôt se pencher sur les prochains projets d'expositions universelles (Taejon 1992 et Vienne-Budapest 1995). Une attention accrue devrait aussi être portée à l'image de la Suisse à l'étranger, notamment au niveau des médias; des questions de plus en plus nombreuses nous sont posées à ce sujet."

2. Direktion für internationale Organisationen 1 - Einheit

Die Sektion UNO/IO beantragt die Zuteilung eines zusätzlichen diplomatischen Mitarbeiters/in.

Trotz Rationalisierungsanstrengungen, des Setzens klarer Prioritäten und des Verzichtes auf nichtprioritäre Aufgaben hat sich die Arbeitslast dieser Sektion in einem grossen Ausmass erhöht. Folgende konkrete Gründe bekräftigen das Bedürfnis nach einer weiteren diplomatischen Einheit:

- o Auf dem Gebiet friedenserhaltende Aktionen gibt es einen bedeutenden Arbeitsanfall. Einerseits ging zwar das Engagement im Rahmen der GANUPT in Namibia zu Ende. Andererseits harren umfangreiche neue Problemkreise einer Bearbeitung, wie insbesondere die Frage schweizerischer Blauhelme, wo die DIO innerhalb des EDA die Federführung innehat.
- o Ebenfalls zugenommen haben Aufgaben, welche die Sektion im Sinne von Stabsfunktionen für die gesamte Direktion für internationale Organisationen wahrnimmt. Dabei geht es zum Beispiel um die Bearbeitung juristischer Fragen im Zusammenhang mit dem Osteuropapaket oder um Budgetfragen.
- o Ganz allgemein sind im Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz als Sitzstaat internationaler Organisationen zahlreiche zusätzliche Aufgaben angefallen. Der Bundesrat hat erstens beschlossen, eine strategische Arbeitsgruppe für die Zukunft Genfs einzusetzen, zweitens liegen zahlreiche neue Baubehörden im Rahmen der FIPOI vor, und drittens beansprucht die Klärung von institutionellen und juristischen Fragen im Zusammenhang mit der Niederlassung internationaler Gremien in der Genferseeregion immer mehr Zeit.

3. Direktion für Völkerrecht - 1 Einheit

Die DV beantragt eine zusätzliche Sekretärin.

Bis anhin leistet das Sekretariat dieser Direktion Aushilfen bei anderen Direktionen im Fall von Absenzen infolge Krankheit oder Ferien. Der Umfang der eigenen Sekretariatsarbeiten lässt diese Lösung nur noch nach Zuteilung einer weiteren Einheit zu.

4. Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst

11 Einheiten

Konsularischer Dienst - 5 Einheiten

Die Aufgabenzunahme in diesem Dienst wurde unter Punkt II bereits ausführlich begründet. An dieser Stelle werden deshalb die einzelnen Begehren nur noch stichwortartig begründet:

- Generalkonsulat Los Angeles: Zunahme der Kolonie seit 1987 von 7'000 auf 8'200 Immatrikulierte, AHV/IV von 900 auf gegen 1'100 Mitglieder, markanter Anstieg auf den Gebieten der Kultur, des Handels und der durchreisenden Touristen seit SWISSAIR direkte Linienflüge an die Westküste der USA hat.
- Generalkonsulat Bordeaux: Zunahme der Kolonie seit 1987 von 6'400 (1984: 6'100) auf über 7'000 Immatrikulierte, vermehrte kulturelle Aktivitäten in dieser für die Schweiz wichtigen Region unseres Nachbarlandes.
- Generalkonsulat San Francisco: Zunahme der Kolonie seit 1987 von 10'900 auf 11'800 Immatrikulierte, AHV/IV von 1'150 auf 1'450, markanter Anstieg auf den Gebieten der Kultur, des Handels und der durchreisenden Touristen seit SWISSAIR direkte Linienflüge an die Westküste der USA hat.
- Botschaft Islamabad: Zunahme der Kolonie seit 1987 um etwa 90 auf 130 Immatrikulierte, Visas von rund 2'500 auf 3'600, Mehrarbeit in den kommenden Jahren infolge Neubauten, minimalster Bestand von nur zwei Konsularbeamten, wovon der 1. Mitarbeiter auch noch mit den Arbeiten des Kanzleivorstehers, mit Asylfällen und Handelsangelegenheiten betraut ist.
- Botschaft Mexico: Zunahme der Kolonie seit 1987 von etwa 2'900 auf 3'400 Immatrikulierte, AHV/IV von 500 auf 700 Mitglieder (inkl. Jamaica und Santo Domingo), sehr zeitraubender Verkehr mit mexikanischen Behörden.

Sekretariatsdienst - 3 Einheiten

- Die Botschaft in Seoul beantragt eine zweite versetzbare Sekretärin. Der Missionschef begründet seinen Antrag wie folgt:

"Südkorea macht seit einiger Zeit eine rasante Entwicklung durch, die zu vermehrter Arbeit auf allen Gebieten, sowohl in politischer, wirtschaftlich/kommerzieller als auch kultureller und touristischer (Fremdenverkehrswerbung) Hinsicht geführt hat. Das koreanische Interesse an der Schweiz, an ihrer Kultur, ihren Institutionen und ihren Erzeugnissen ist sehr gross, was sich in der Flut von Anfragen seitens hiesiger Firmen, Schulen und Universitäten, verschiedener Organisationen und Vereine äussert.

Der grösste Teil dieser Anfragen muss aus sprachlichen Gründen (Vermeiden von Missverständnissen bei Auskunftserteilung über das Telephon) schriftlich beantwortet werden, d.h. per Fax oder als Brief, da das schriftliche Fremdsprachenverständnis der Koreaner erheblich besser ist als das mündliche (der koreanischen Sprache fehlen bestimmte Laute/Buchstaben der deutschen oder englischen Sprache). Schweizerischerseits wird der koreanische Markt ebenfalls intensiv bearbeitet, was sehr viele Handelsanfragen, Bitten um Marktstudien (welchen die Botschaft in vielen Fällen aus personellen Gründen nicht entsprechen kann) und um Organisation von Besuchsterminen bei grossen Firmen oder bei Ministerien usw. zur Folge hat. Kurz, der Anfall an Daktyloarbeit hat sich seit 1984, d.h. dem Jahr der Arbeitsaufnahme der ersten lokal angestellten Halbtagssekretärin, mindestens verdoppelt, wie die Tageskopieordner deutlich zeigen. Auf kulturellem Gebiet sollte die Botschaft mehr Anstrengungen unternehmen, wie dies Länder wie die Bundesrepublik, Frankreich oder Italien, welche jedoch zusätzlich über Organisationen ausserhalb ihrer Botschaft verfügen (Goethe-Institut, Centre culturel français, Instituto italiano di cultura), aber auch z.B. Oesterreich und andere vergleichbare Länder sehr intensiv tun. Dies wird noch mehr Daktyloarbeit zur Folge haben. Nachdem nun in Korea die Beschränkungen für Auslandsreisen praktisch aufgehoben sind, sollte sich die Botschaft auch intensiver um touristische Belange zuhanden des SVZ kümmern.

Folgende Zahlen belegen den zusätzlichen Arbeitsaufwand:

Zunahme CH-Ausfuhr	1984	1985	1986	1987	1988	1989
nach Korea in %	22,8	10,9	16,9	25,1	34,5	34,5

Hinter diesen Zahlen steht nicht nur eine grosse Anstrengung der schweizerischen Exportindustrie, sondern auch sehr viel Arbeit seitens der Botschaft, die Kontakte vermittelt und Auskünfte beschafft.

Bezüglich Tourismus ist zu erwähnen, dass seit 1987 die Beschränkungen für Auslandsreisen praktisch aufgehoben worden sind. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Koreaner, die in die Schweiz reisen, stark gestiegen, d.h. um 25% (Tendenz steigend). Die Zahl der Schweizer, die nach Korea reisen, ist seit 1983 jährlich um durchschnittlich 13% gestiegen (seit 1987 um 17%). Bei rund 70% dieser Reisen handelt es sich um Geschäftsreisen (1989: 6'441), die oft in irgendeiner Form auch die Botschaft involvieren."

- Die Botschaft in Stockholm beantragt eine zweite versetzbare Sekretärin. Der Missionschef begründet sein Begehren mit folgenden Worten:

"Cette représentation ne dispose en tout et pour tout que d'une seule secrétaire de carrière, celle du chef de mission. Je fais abstraction de la secrétaire du bureau de l'attaché de défense qui, quand elle le peut, assiste les

autres services. (Je rappellerai à ce sujet que l'attaché militaire a un adjoint qui dépend aussi du Groupement de l'armement et que le bureau de Stockholm couvre 4 pays. Ceci pour vous illustrer le degré d'accaparement de cette secrétaire et donc sa disponibilité très restreinte pour d'autres travaux).

Il manque une secrétaire de carrière qui puisse être chargée de travaux de dactylographie en général et soit aussi capable d'assister la chancellerie. Ce dernier point me paraît particulièrement important du fait que la chancellerie est elle aussi constamment surchargée. Elle est composée de 2 agents de carrière, soit le chef de chancellerie et son adjointe. Un ou une stagiaire y est régulièrement attribué où il/elle apprend son métier. Pourtant, toutes les années paires il se produit un trou de quelque 5 mois entre le départ de l'ancien et l'arrivée du nouveau titulaire.

C'est donc la surcharge chronique à laquelle mes services doivent faire face qui m'amène à faire cette demande. Je suis conscient du fait que le temps du perfectionnisme est révolu, mais il est néanmoins de mon devoir de veiller à ce que les tâches qui incombent à cette ambassade puissent être accomplies dans des délais raisonnables et sans mesures extraordinaires constantes."

- Der Botschaft in Bukarest musste dieses Jahr aufgrund der bekannten Entwicklung erneut ein 1. Mitarbeiter zugeteilt werden. Zudem musste der Visadienst anfangs Jahr mit 2 lokalen Hilfskräften verstärkt werden, um den Zusammenbruch der Kanzlei zu vermeiden. Als sich diese Massnahme als ungenügend erwies, um dem Ansturm der Visa-Gesuchsteller zu begegnen (bis Juni 8'254 Visas; 7'167 mehr als 1989) wurde der Botschaft eine zusätzliche Hilfskraft aus der Schweiz, befristet bis November 1990, zugeteilt. Diese provisorische Lösung hilft der Kanzleifürs erste über den eigentlichen Notstand hinweg. Um ab nächstem Jahr reguläre Verhältnisse zu haben, sollte der Botschaft hingegen eine zusätzliche Sekretärin zugeteilt werden, die sowohl für den 1. Mitarbeiter wie für die Kanzlei arbeiten kann.

Lokalandgestellte - 3 Einheiten

- Die Botschaft in Yaoundé beantragt die Anstellung einer Lokalandgestellten. Der Missionschef macht für diese Massnahme folgende Gründe geltend:

"Dans le rapport d'inspection du 21 février 1989, l'inspecteur du DFAE relève dans ses impressions générales que:

- o les interventions dans la domaine des crédits mixtes I et II augmentent constamment et prennent de plus en plus de temps;

- o les fréquentes visites et la préparation de leur programme absorbent tout particulièrement mon premier collaborateur qui est en même temps responsable de la chancellerie;
- o les nombreuses obligations protocolaires provoquent des pertes de temps considérables;
- o les tâches consulaires et administratives sont très diverses et qu'elles exigent un travail considérable en raison des mauvaises communications, des lenteurs de l'administration et des institutions publiques, de la répartition de la colonie sur plusieurs pays.

L'inspecteur décrit la dotation en personnel de cette mission comme extrêmement serrée.

Il ne faut malheureusement pas s'attendre à une amélioration de la situation. La récente installation de la radio, les prochaines négociations de l'accord de rééchelonnement de la dette, continuent de créer un important surcroît de travail pour mes collaborateurs.

Il y a également lieu d'insister sur l'importance relative des colonies au Cameroun (environ 500 immatriculés), au Tchad et au Gabon (environ 150 immatriculés pour chacun de ces deux pays). La détérioration rapide de la conjoncture économique dans ces pays perturbe notablement le fonctionnement de leurs administrations multipliant ainsi les difficultés à faire aboutir les dossiers. Elle se répercute également dans les prestations de service dans le domaine des téléphones, du télex, de l'électricité et se traduisent par de fréquentes coupures et un mauvais fonctionnement des installations qui entravent l'activité de cette mission.

Les fréquents intérimis et absences auxquels cette mission doit faire face ont également une lourde influence sur le travail du personnel de l'Ambassade.

Mes collaborateurs sont contraints d'effectuer de nombreuses heures supplémentaires pour liquider les tâches prioritaires. Malgré leur engagement les retards commencent à s'accumuler dans de nombreux domaines. Cette manière de travailler constamment sous pression ne permet plus de prendre le recul nécessaire pour trouver des solutions rationnelles aux multiples tâches de l'Ambassade.

Par ailleurs, le temps consacré aux problèmes des immeubles, du mobilier et des machines qui nécessitent constamment des réparations auxquelles sont liées d'énormes difficultés d'exécution en raison du laissez-aller propre à l'Afrique et de l'incapacité des artisans locaux perturbe tout particulièrement le travail de mes collaborateurs.

Je crois qu'il serait possible d'améliorer cette situation en engageant une personne supplémentaire sur place.

L'apport de cette force de travail supplémentaire aurait l'avantage d'introduire une certaine flexibilité dans les activités de la mission et de permettre à mes collaborateurs de travailler dans des conditions normales.

- Die Botschaft in Wellington beantragt zusätzlich zur schweizerischen Sekretärin eine lokal angestellte Sekretärin englischer Muttersprache.

Die Aufwertung der Vertretung in Neuseeland durch Entsendung eines Botschafters kommt qualitativ nur zum Tragen, wenn auch personalmässig die Voraussetzungen zur Intensivierung des bilateralen Austausches geschaffen werden. Eine Lokalangestellte mit qualifizierten Kenntnissen der Verhältnisse in Neuseeland würde die Tätigkeit des Missionschefs und des 1. Mitarbeiters, der zugleich die Kanzlei führt, im Verkehr mit den Behörden bei der Vorbereitung von Besuchen und der Abfassung wichtiger Korrespondenzen in englischer Sprache erleichtern. Diese zusätzliche Arbeitskraft würde zudem auch im Empfang gebraucht.

- Die Botschaft in Budapest beantragt eine zusätzliche Lokalangestellte für den Visadienst. Sollte die Visapflicht mit Ungarn aufgehoben werden, kann auf die Anstellung dieser Einheit verzichtet werden.

Die Botschaft hat Ende letzten Jahres eine Studie über den Arbeitsaufwand bei der Vergabe von Visas erstellt. Wir legen diese Studie bei (Anhang 4), weil die darin enthaltenen Informationen zumindest teilweise auch für andere Posten mit starkem Visaaufkommen gelten.

Personalbedarf bei der DEH für 1991

1. Allgemeines

Der Personalbedarf der DEH resp. der Bedarf an zusätzlichen Stellen ist ein seit Jahren immer wiederkehrendes Thema, das sich aus dem weiteren finanziellen Wachstum der öffentlichen Hilfe der Schweiz sowie den damit verbundenen und immer komplexer werdenden Aufgaben ergibt. Auf die Ueberbelastung verschiedener Dienste und die sich daraus ergebenden Probleme ist bereits bei andern Gelegenheiten wiederholt hingewiesen worden. Gegenwärtig stellen sich der DEH eine Reihe von schwerwiegenden Personalproblemen einerseits kurzfristiger, andererseits aber auch mittel- und langfristiger Natur.

Die allgemeine Situation der DEH in den letzten 10 Jahren lässt sich wie folgt charakterisieren:

- Ein rasches Wachstum des finanziellen Volumens, der Anzahl Projekte und Programme, der Aufgabenbereiche und der Komplexität der Aufgabenstellungen. Im Verhältnis zu diesem finanziellen Volumen und dem Aufgabenbereich konnte der Personalbestand seit längerer Zeit nicht den Aufgaben angepasst werden.
- die Zunahme der Aufgaben im Verhältnis der Schweiz zur Dritten Welt im allgemeinen (Wirtschaftspolitik, Asylpolitik, Umweltfragen, etc., um nur einige wenige zu nennen) sowie die zusätzlichen Aufgaben im engeren Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. Strukturanpassungsprogramme, Sektorpolitik, Geberkoordination, Kofinanzierungen, etc.)
- die längerfristige Ausrichtung unserer Projekte und Programme, die heute 10-20 Jahre dauern, ganze Sektoren betreffen und dementsprechend bedeutsam sind für die Entwicklungsländer. Dies erfordert einen entsprechend höheren Vorbereitungs-, Durchführungs- und Evaluationsaufwand.
- angesichts der sich verstärkenden Interdependenz (wirtschaftlich, fachlich, regional, etc.) nimmt der Koordinationsbedarf stark zu. In gewissen Ländern und Sektoren hat die DEH dabei eine leitende Rolle übernommen.
- ein steigender Aufwand zeichnet sich auch bei Kofinanzierungsprojekten ab, da die DEH vom Parlament den Auftrag hat, aktiv an der Formulierung und Evaluation dieser Projekte mitzuwirken.
- die Strukturanpassungsmassnahmen und ihre sozialen Auswirkungen verlangen eine verstärkte Bearbeitung mit grundlegenden Fragen wie etwa der Agrarmarktpolitik, der Sozialpolitik, etc.

- innerhalb von internationalen Programmen zeichnet sich ein steigender Bedarf an einer kritisch-konstruktiven und fachlich qualifizierten Mitarbeit ab.
- allgemein wird die Projekt- und Programmarbeit aufgrund der sich verschlechternden Rahmenbedingungen in der Dritten Welt schwieriger und zeitaufwendiger.

Im Verlaufe von 1989 haben wir aufgrund dieser Situation eine Analyse der längerfristigen Entwicklung der DEH mit verschiedenen Alternativen der Organisationsentwicklung inkl. des zukünftigen Personalbedarfs vorgenommen, um eine Grundlage für eine Personal- resp. eine Organisationsplanung für die nächsten 5-10 Jahre zu erarbeiten. Diese Analyse ist ausführlich in der neuen Botschaft des Bundesrates für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe 1991-94 beschrieben worden und entsprechende Anträge auf eine grundsätzliche Neuorientierung der Personalpolitik der DEH sind darin gestellt worden, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Die DEH beschränkt ihre öffentlich-rechtlichen Etat-Stellen für die Periode 1991-94 auf den gegenwärtigen Bestand.
- Andererseits beantragt die DEH die Umwandlung resp. die Schaffung von 65 Stellen an der Zentrale unter privatrechtlichem Statut und finanziert über den Rahmenkredit (30 neue Stellen, 20 Stellen A-20 Mitarbeiter und 15 Stellen A-4 Mitarbeiter).

Der Bundesrat hat am 21. Februar 1990 diesen Anträgen zugestimmt. In Kraft treten können diese neuen Bestimmungen aber erst nach der Zustimmung des Parlaments zur Botschaft (September 1990) und frühestens ab 1.1.1991. Damit ergeben sich für die DEH in der Personalplanung folgende zwei Möglichkeiten:

- Das Parlament stimmt der Botschaft und den sich daraus ergebenden Konsequenzen im Personalplanungsbereich zu. In diesem Fall ergeben sich für die DEH keine weitergehenden Personalbedürfnisse an Etat-Stellen für 1991, und der nachfolgende Antrag für zusätzliche Etat-Stellen wird hinfällig (ausgenommen bleiben die beiden sofort notwendigen Stellen für die Osthilfe und die Türkei).
- Das Parlament stimmt der Schaffung von 65 Stellen im privatrechtlichen Bereich für die DEH nicht zu. In diesem Fall ergeben sich für die DEH die in der Beilage ausführlich beschriebenen Bedürfnisse von 12,5 zusätzlichen Etat-Stellen für 1991 (resp. 2 Stellen 1990 und 10,5 Stellen 1991).

Was weitere Angaben zur gesamten Personalsituation der DEH betrifft, so verweisen wir Sie auf Kapitel 5 der neuen Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe sowie den Bundesratsantrag Personalplanung DEH 1991-94 vom 2. Februar 1990.

Im besonderen verweisen wir in der folgenden Zusammenstellung auf die Positionen 7 und 8. Diese neuen Aufgaben der DEH (Türkei und Osteuropahilfe) verlangen sofortige Massnahmen im Personalbereich. Wir beantragen deshalb, dass der DEH für diese dringenden Aufgaben sofort zwei zusätzliche Etat-Stellen zugeteilt werden, damit diese Aufgaben in Angriff genommen werden können.

2. Personalbedarf DEH 1991

Von den für 1990 beantragten 10,5 neuen Stellen wurden nur 5 bewilligt. Unter Berücksichtigung dieses noch bestehenden Bedarfs von 5,5 Stellen aus dem Vorjahr und der gegenwärtigen Bedarfssituation ergeben sich die dringendsten Personalbedürfnisse für die DEH momentan bei folgenden Aufgaben, die aufgrund der Personalsituation nicht mehr zufriedenstellend erfüllt werden können:

- die seriöse, regelmässige und fachlich kompetente administrative und finanzielle Ueberwachung und Betreuung einer Vielzahl von Aktionen (Beiträge, Projekte, Programme, etc.),
- die sozialen Auswirkungen unserer Strukturanpassungsprogramme, die nicht mit der notwendigen Gründlichkeit abgeklärt werden können, was zu schwerwiegenden Folgen und Auswirkungen in der Dritten Welt führen kann,
- die Sekretariatsdienste, die stark überlastet sind und dementsprechend auch die Mitarbeiter nicht genügend entlasten können (Effizienzverlust),
- die Fachbereiche Wasser/Infrastruktur sowie Gesundheit/-Soziales, die aufgrund ihres Arbeitsvolumens und ihrer Bedeutung ausgebaut werden müssen,
- die neuen Aufgaben in bezug auf die Türkei und Osteuropa, die ohne zusätzliches Personal nicht gelöst werden können.

Konkret ergeben sich aus diesen Engpässen folgende Personalbedürfnisse für die DEH:

2.1 Verstärkung der finanziellen und administrativen Aufsicht

innerhalb der DEH in den folgenden Sektionen/resp. Abteilungen durch Zuteilung eines Administrators:

Geographische Sektion Asien I	1 Administrator
Geographische Sektion Westafrika	1 Administrator
Fachbereiche	1 Administrator
Humanitäre Hilfe	1 Administrator
Revisorat	1 Revisor

Wie Ihnen wahrscheinlich bekannt ist, stehen EFK und DEH schon seit längerem im Gespräch zur Verbesserung der Finanzaufsicht bei der DEH. Mit dem Aufbau des internen Inspektorats und dem Ausbau des Revisionsdienstes mit Aussenrevisoren konnten diesbezüglich wichtige Fortschritte erzielt werden. Es ist bedeutsam, dass dieser Ausbau nun mit entsprechenden Finanzadministratoren in den operationellen Sektionen weitergeführt werden kann. Wir müssen bei dem steigenden finanziellen Volumen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit unbedingt auch die Instrumente zur operationellen, administrativen und finanziellen Ueberwachung ausbauen, wenn wir in Zukunft garantieren wollen, dass unsere Mittel zweckmässig, kostengünstig und unseren Zielsetzungen entsprechend eingesetzt werden.

2.2 Soziale Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme

Soziale Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme 1 Mitarbeiter

Die Schweiz beteiligt sich seit einigen Jahren an Strukturanpassungsprogrammen in einigen Ländern der Dritten Welt. Die sozialen Auswirkungen dieser Massnahmen treffen zum Teil gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders stark. Es ist unsere Zielsetzung, mit geeigneten flankierenden Massnahmen dafür zu sorgen, dass diesen sozialen Auswirkungen Rechnung getragen wird. Eine Verstärkung unserer personellen Kapazitäten auf diesem Gebiet ist unumgänglich für die Bearbeitung dieser sozialen Komponenten.

2.3 Ressortforschung 0,5 Mitarbeiter

Diese Stelle ist bereits seit 2 Jahren beantragt worden aufgrund des Antrags des Interdepartementalen Koordinationsausschusses für Wissenschaft und Forschung. Der Bundesrat hat in der Botschaft zum Forschungsgesetz und in den Zielen der Forschungspolitik des Bundes (1988-91) seine Bereitschaft geäussert, den Personalbestand für die Koordination

und die Betreuung der Ressortforschung gezielt zu verstärken und bezeichnete begründete Zuteilungen als vordringliche Massnahme.

2.4 Fachbereich Wasser/Infrastruktur

Der Fachbereich Wasser/Infrastruktur der DEH ist mit 2 x 0,5 Personaleinheiten unterbesetzt und kann seine Aufgabe der fachlichen Unterstützung in diesem Bereich nicht genügend wahrnehmen. Eine Erhöhung auf 1,5 Einheiten (mit einem Leiter zu 100% und einem Mitarbeiter zu 50%) ist notwendig, wenn dieser wichtige Bereich zufriedenstellend abgedeckt werden soll und die fachliche Qualität unserer Projekte in diesem Bereich entsprechend gewährleistet werden soll.

2.5 Fachbereich Soziales/Gesundheit

Dieser Bereich muss neu strukturiert und verstärkt werden, wobei eine vermehrte Präsenz an der Zentrale notwendig ist, um die Fachberatung sicherzustellen (was gegenwärtig nicht möglich ist).

2.6 Humanitäre Hilfe

Eine Verstärkung der Sektion Humanitäre Hilfe um eine Einheit ist notwendig, um die bestehenden und neuen Aufgaben (u. a. Nahrungsmittelhilfe Osteuropa) bewältigen zu können. Insbesondere wird zur Zeit auch die Struktur der ganzen Abteilung überprüft, und es ist wahrscheinlich, dass aufgrund der bestehenden Überbelastung der Sektion Humanitäre Hilfe neue Lösungen gefunden werden müssen.

2.7 Türkei

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 21. Februar 1990 muss die DEH ein Programm für eine verstärkte Entwicklungshilfe der Schweiz in der Osttürkei prüfen und zusammen mit dem BAWI ein kohärentes Programm ausarbeiten, in das auch die schweizerische Privatwirtschaft einzubeziehen ist. Dafür ist eine halbe Personaleinheit notwendig.

2.8 Osteuropahilfe

Die DEH übernimmt im Rahmen der Osteuropahilfe gewisse Teilaufgaben, die nur mit neuem Personal bewältigt werden können. Im besonderen geht es um Nahrungsmittelproduktionen und -verteilung. Kurzfristig sind dafür 1,5 Personaleinheiten notwendig.

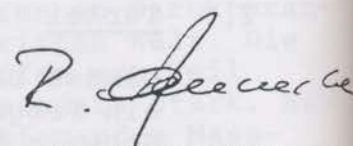
2.9 Sekretariatsbereich

Der Sekretariatsbereich muss weiter ausgebaut werden, um einerseits bestehende Engpässe abzubauen (0,5 Einheiten) und Sekretariatsdienste für die hier beantragte Personalstärkung zu schaffen (1 Einheit).

3. Zusammenfassung

1. Administratoren/Revisor	5
2. Strukturanpassungen	1
3. Ressortforschung	0,5
4. Fachbereich Wasser/Infrastruktur	0,5
5. Fachbereich Soziales/Gesundheit	1
6. Humanitäre Hilfe	1
7. Türkei	0,5 (1)
8. Osteuropahilfe	1,5 (1)
9. Verstärkung Sekretariate	1,5
	<hr/>
	12,5
	=====

(1) Diese beiden Stellen sollten sofort bewilligt werden, damit die entsprechenden Aufgaben übernommen werden können.



R. Dannecker

t.120.0

Bern, 12. Juni 1990

Notiz an Frau C. KriegPrioritäten für den Personalbedarf der DEH für 19911. Priorität (40%)

1 Administrator Westafrika

1 Administrator Asien

1 Administrator Hum. Hilfe

1 Administrator Fachbereiche

0,5 Stelle Türkei (Asien I)

0,5 Stelle Fachbereich Wasser-
Infrastruktur-----
5 Stellen
=====2. Priorität (30%)

1 Stelle Strukturanpassungen

1 Stelle Humanitäre Hilfe

1 Stelle Sekretariat

1 Stelle Fachbereich
Soziales/Gesundheit-----
4 Stellen
=====

3. Priorität (30%)

0,5 Stelle Ressortforschung

1,5 Stellen Osteuropa

0,5 Stelle Sekretariat

1 Stelle Revisor

3,5 Stellen

=====

Mit freundlichen Grüßen

R. Dannecker

Handwritten signature and date
2. Februar 1981

1 Stelle Strukturassistenten
1 Stelle Hauswirtschaftliche Hilfe
1 Stelle Sekretariat
1 Stelle Fachbereich
1 Stelle Sozialwissenschaftliche
4 Stellen

Begründung des Antrages der Wissenschaftssektion / DIO
für die Stelle eines zusätzlichen Mitarbeiters

a) Als Hauptaufgabe betreut die Sektion internationale wissenschaftliche Angelegenheiten der DIO federführend (Verantwortung des Budgets) die Beteiligung der Schweiz bei den klassischen europäischen Wissenschaftsorganisationen, nämlich

- Europäische Weltraumorganisation, ESA
- Europäische Kernforschungsorganisation, CERN
- Europäische Südsternwarte, ESO
- Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie, EMBL (inkl. EMBC)
- Internationale Konferenz zur Erforschung des Mittelmeeres, CIESM

Das in diesem Zusammenhng von der Sektion zu verwaltende schweizer Beitragsbudget für das laufende Jahr beträgt rund 120 Mio. Franken, wovon 73 Mio. alleine auf die ESA und 43 Mio. auf das CERN entfallen. Mit dem steten Anstieg dieses Budgets hat für die Sektion auch das Arbeitsvolumen drastisch zugenommen: betreffend ESA infolge der Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Schweizer Industrie als Empfängerin namhafter Aufträge, betreffend CERN durch die von der Schweiz als Sitzstaat gegenüber der Organisation wahrzunehmenden Verpflichtungen.

b) Zu den weiteren Aufgaben der Sektion, die in den letzten 2 - 3 Jahren stark an Arbeitsintensität zugenommen haben, sind die bilateralen wissenschaftlichen **Angelegenheiten** zu zählen, wo insbesondere die von Japan lancierten und in der Folge zur internationalen Zusammenarbeit angebotenen Forschungsprogramme HFSP und IMS die Aufrechterhaltung eines dauernden Dialoges, via unsere Botschaften, mit den Regierungsbehörden der G7 - und EG-Staaten erfordert.

Auf Druck der Schweizer Wissenschaftskreise hat sich die Sektion veranlasst gesehen, zur effizienteren Ausgestaltung des Dialoges mit der EG in Brüssel die Schaffung des wichtigen Postens eines Wissenschafts- und Technologierates bei unserer Mission in Brüssel zu bewerkstelligen, den sie fortan nebst den beiden schon bestehenden Posten in Washington D.C. und in Tokio intensiv unterstützen müssen.

c) Zwei Entwicklungen auf der internationalen politischen Szene haben dazu geführt, dass die Sektion zusätzlich zum bedeutenden Arbeitszuwachs der bestehenden Aufgaben noch neue Aufgaben zu übernehmen hat:

- die verstärkten Integrationsbestrebungen Europas, welche für die Sicherstellung der Präsenz der Schweiz im wissenschaftlichen/ technologischen Bereich des EWR die aktive Mitarbeit der Sektion in verschiedenen vorbereitenden und begleitenden Gremien erfordert.
- die Oeffnung der Oststaaten, die sowohl auf schweizerischer Ebene, als auch im Rahmen der internationalen wissenschaftlichen Organisationen zur Ergreifung von wissenschaftspolitischen Massnahmen Anlass gibt, an denen die Sektion operationell mitarbeiten muss.

d) Die Sektion umfasst, nebst ihrem Chef (R. Hofmann, wissenschaftliche/ technische Hochschulausbildung), dessen Stellvertreter (P. Piffaretti, wissenschaftspolitisch orientierte Hochschulausbildung), eine Adjunktin (Frau E. Jarolim) und einen Fachbeamten (A. Augustin).

Die markante Zunahme in den eingangs aufgezählten Organisationen (hauptsächlich ESA) der Anzahl der zu verfolgenden Programme und die dadurch anfallende Mehrarbeit, erst recht aber das oben erwähnte Auftreten von grundsätzlich neuen Aufgaben haben zur Folge, dass die Mitarbeiter der Sektion ihre Arbeit weitgehend nur noch in summarischer Weise zu bewältigen vermögen. In der gegenwärtigen Situation können auch wichtige Grundsatzdokumente in Anbetracht der auf den Einzelnen zukommenden Flut von Papieren der erforderlichen Analyse nicht mehr unterzogen werden. Die

Missverständnisse häufen sich. Auf einen **analytischen Dialog** mit den interessierten Kreisen muss **weitgehend verzichtet** werden. Die Zeit für konzeptionelle Arbeit fehlt, was zur Folge hat, dass die **dringend anzustrebende Integration der Beteiligung der Schweiz an der internationalen Forschungszusammenarbeit in unsere Aussenpolitik** nicht genügend vorangetrieben werden kann.

- e) Unter diesen Umständen wird **dringend die Verstärkung des Stellenbestandes der Sektion um eine Einheit** beantragt, die durch eine **Fachkraft mit wissenschaftspolitisch/technisch orientierter Hochschulausbildung** zu besetzen ist.

Es soll dadurch die Mitwirkung der Sektion sichergestellt werden können

- in spezifischen Arbeitsgruppen der **wissenschaftspolitischen Behörden der Schweiz** (Wissenschaftsrat/AGFO, Nationalfonds/NP)
- in begleitenden Gremien des **europäischen Integrationsprozesses** auf den Gebieten **Wissenschaft/Forschung** (EFTA/EG)
- an den Sitzungen, bzw. deren Vorbereitung, des **Komitees für Wissenschafts- und Technologiepolitik (CPST) der OECD**
- in den Begleitorganen der von **Japan** initiierten internationalen Forschungsprogrammen **HFSP** und **IMS**
- bei der Durchführung von praktischen Massnahmen zur Unterstützung der **Mittel- und Osteuropäischen Länder** auf den Gebieten **Wissenschaft/Forschung** (im Rahmen EDA).

Weiter muss durch die zusätzliche Kraft die **dringend erforderliche Verstärkung** unseres Efforts in den von der DIO/Wissenschaftssekktion federführend betreuten **internationalen Wissenschaftsorganisationen** ermöglicht werden.

Notiz an Frau Krieg, Stellv. Direktorin DVA :
Personalbedarf im Informatikbereich 1990 - 1992

Wie vereinbart übermittle ich Ihnen im Hinblick auf die Personalplanung im Departement die folgenden Angaben über die Personalbedürfnisse im Informatikbereich, ohne dabei zur Frage Stellung nehmen zu können, inwieweit diese Personalbedürfnisse durch eine interne Freistellung oder durch eine Erhöhung des Personaletats (Antrag an das EPA) abgedeckt werden können.

1. Leitung KOSTINF - Stelle des Departementsinformatikers

An der Informatikkonferenz vom 11.4. wurde die Schaffung und möglichst baldige Besetzung der Stelle des Departementsinformatikers (DI) beschlossen. Der DI wird, sobald er in seine neue Aufgabe eingearbeitet ist, von mir die Leitung der KOSTINF übernehmen.

2. DVA

Ist-Zustand: 15,85 Planstellen (plus 0,25 Stelle extern).

Künftiger Bedarf an neuen Stellen:

- Ab 1.1.1991: 1 Stelle für die Programmierung des Bucheda-Projektes (Inlandbereich). Diese Stelle muss geschaffen werden, damit sich ein DVA-Mitarbeiter in die Programmierung des BUCHEDA-Projektes schon bei dessen Entwicklung einarbeiten kann und die Kosten des Projektes um ca. 150'000.- bis 200'000.- reduziert werden. (In der Notiz von Herrn Tschumi ist eine Stelle für die fünf Projekte und die Büroautomation der DVA angegeben. Dieser Bedarf fällt schon 1990 an und kann, falls die BUCHEDA-Stelle geschaffen wird, mit dem bestehenden Personal abgedeckt werden).

- Ab 1.1.1991: eine halbe Stelle für Teleprint

- Ab Mitte 1991 (allenfalls bei Budgetrestriktionen ab 1.1.92): 2 Stellen für die Programmierung weiterer Applikationen im Ausland

- Ab 1.1.1992: eine halbe bis ganze Stelle für Bucheda Ausland

- Ab 1992: 2 Stellen zur Verwirklichung von ORDIPRO

OSEC: Ab 1991: 1 Stelle für Programmierung des OSEC-Ex-Projektes

3. Dienst Informatik Ausland

Ist-Zustand: 12 Planstellen: 9 z.Zt. beschäftigte Mitarbeiter, 2 Stellen werden Mitte Jahr besetzt, 1 Stelle wird erst ab 1.1.91 besetzt.

Künftiger Bedarf an neuen Stellen:

- Ab 1991 (allenfalls bei Budgetrestriktionen ab 1.1.92): 1 Stelle für weitere Applikationen im Ausland

- Ab 1.1.1992: 1 Stelle für AHV-Einsatz im Ausland

OSEC: Ab 1991: 3 Stellen für den OSEC-EX-Einsatz im Ausland

4. PD, DIO, DV und GS

Vom Moment meiner Ablösung als Leiter der KOSTINF werde ich mich wieder dem EDADOKU-Projekt widmen und weiterhin die Funktion des Direktionsinformatikers für die PD, DIO, DV und das GS wahrnehmen.

Künftiger Bedarf an neuen Stellen:

- Ab 1991: 1 Stelle für die Betreuung der Büroautomation im Bundeshaus und Umgebung (Bundesgasse, Gurtengasse). Diese Betreuung

- 2 -

betrifft die schon heute installierten Geräte als auch den - selbst unter restriktiven Budgetbedingungen - notwendigen weiteren Ausbau.

5. DEH:

Ist-Zustand: 6 Stellen (ohne "Super-User" der Büroautomation und Regionalverantwortliche im Ausland)

Künftiger Bedarf an neuen Stellen:

- Ab 1991: 1 Stelle für Unterhalt und Betreuung des ZHS
- Ab 1991: 1 Stelle für die Betreuung der Büroautomation

6. Zusammenstellung:	Bestand	neu 1990	neu 1991	neu 1992
Deptm.-Informatiker	-	1		
DVA:	15,85		1 0,5 2	oder 2 0,5-1 2
- Bucheda-Inland				
- Teleprint				
- Programme Ausland				
- Bucheda Ausland				
- Ordipro				
Informatik Ausland:	12		1	oder 1 1
- weitere Applikat.				
- Einsatz AHV				
OSEC (Progr./Einsatz):			4	
PD, DIO, VD, GS:	1		1	
- Büroautomation				
DEH:	6		1 1	
- Betreuung ZHS				
- Betreuung BA				
Total:	34,85	1	11,5	4,5 - 5

Im für ¹⁹⁹¹1990 angegebenen Stellenbedarf von 11,5 sind 3 Stellen enthalten, die - im Falle sehr knapper Budgetmittel - erst 1992 benötigt werden, ferner sind vier Stellen für OSEC-EX vorgesehen. Damit beträgt der absolut notwendige interne Bedarf für 1990 4,5 Stellen, für 1992 dann jedoch 7,5 - 8 Stellen. Die Stellen für das OSEC-Projekt werden hier separat aufgeführt, weil für dieses Projekt eine externe Finanzierung gefunden werden muss (über BAWI und den Handelsförderungskredit des Parlaments?). Dabei ist auch eine diesbezügliche Finanzierung der Stellen zu prüfen. Trotzdem sollten auch die OSEC-Stellen für die Begehren nach zusätzlichem Personal gegenüber dem EPA berücksichtigt werden.

KOSTINF-EDA
Der Koordinator

Tim Guldemann
(Tim Guldemann)

Beilage: Angaben der drei Informatikdienste DVA, Ausland und DEH

051.30

131.30 - FB/cf

Budapest, den 2. November 1989

AKTENNOTIZSituation Visaabteilung

Wie anfangs Oktober 1989 festgestellt werden musste, hat die Nachfrage betr. Visa dieses Jahr nur wenig nachgelassen. Im Moment gibt es auch keine Veranlassung zu glauben die Anzahl der Visa würde weiter zurückgehen. Ab September 1989 wurde eine Vergleichsstatistik geführt:

<u>Ausgestellte Visa</u>	<u>1989</u>	<u>1988</u>	<u>Differenz</u>
September	2975	2435	+ 540
Oktober	3154	2022	+ 1132

Die Gesamtzahlen der ausgestellten Sichtvermerke sind seit 1985 die folgenden:

1985	38'927
1986	34'579
1987	32'678
1988	34'167

Vergleicht man den Stand am 31. Oktober 1989 mit demjenigen vom 31. Oktober 1988 muss gerechnet werden, dass dieses Jahr die Anzahl der Sichtvermerke vom Jahre 1985 erreicht wenn nicht überschritten wird:

ausgestellte Visa	31. Oktober 1988	30'553
"	"	
	31. Oktober 1989	35'315

Anhand folgender Ausrechnung kann festgestellt werden, dass die Arbeit im Oktober nicht von zwei Personen geleistet werden konnte:

Oktober 1989 3154 Sichtvermerke

Arbeitsaufwand pro Visa (Kontrollen Schalter etc. bis Rückgabe)
sehr knapp berechnet 10 Min. pro Visa.

./.

- 2 -

10 x 3154

31540 Min. : 60 = 526 Stunden

Arbeitsstunden Frau Rütimann (8 Std. pro Tag) 21 x 8 Std.
168 Std.

Arbeitsstunden Lokalangestellte

Schalter (4 Std. pro Tag) 21 x 4 Std.
84 Std.

Arbeitsstunden Frau Rütimann 168 Std.

Arbeitsstunden Lokalangestellte 84 Std.

252 Std.

Dabei sind aber noch keine Arbeitszeiten für schwierige Fälle (September 63 / Oktober 47) eingerechnet. Problemfälle benötigen durchschnittlich 30 Min. pro Fall. Auch Ablehnungen sind sehr zeitaufwendig (September 48 / Oktober 35). Rechnet man hier für die 47 Problemfälle und 35 Ablehnungen eine halbe Stunde ergibt das einen nochmaligen Arbeitsaufwand im Oktober von Total 41 Stunden. Dazu kommen noch Kollektiv Visas:

September 1989	Anzahl 8	Total	193 Personen
Oktober 1989	Anzahl 9	Total	374 Personen

Diese Kollektiv-Visa figurieren mit je einer Nummer in der Anzahl der Visa, doch ist der Arbeitsaufwand viel grösser, handelte sich doch um Gruppen zwischen 9 und 88 Personen pro Kollektiv-Visa. Rechnet man im Oktober für die Kontrolle der 374 Pässe (Liste, Fahndungsregister etc.) 7 Min. kommen wir nochmals auf ca. 43 Arbeitsstunden.

Stunden Rekapitulation für Oktober:

Ausstellung 3154 Sichtvermerke	526 Arbeitsstunden
Ablehnungen/Problemfälle	41 "
Kollektiv-Visa	<u>43 "</u>
	610 Arbeitsstunden
Arbeitsstunden Frau Rütimann & Lokalangestellte	<u>./.</u> 252 Arbeitsstunden
Manko	358 Arbeitsstunden

./.

Dieses Defizit konnte mit der aushilfsweisen Anstellung von Herrn Bertschi ab 12. Oktober 1989 teilweise überbrückt werden. Er leistete 97 Stunden während des Monats Oktober. Die restlichen Stunden wurden dank dem hilfsbereiten Einsatz der Sekretärin des VA, welche anfangs Oktober hier eintraf, des Hausmeisters und der Kanzleichefin überbrückt.* Mit diesen Einsätzen kann aber nicht fix gerechnet werden, da sonst der reibungslose Ablauf der übrigen Arbeiten gestört oder verzögert wird. Im Oktober konnten teilweise Terminarbeiten nicht abgeliefert werden.

*dabei wurde oft die Mittagspause nicht genommen.

ORGANISATION (Tagesablauf der Visaabteilung)

9.00 - 10.00 Uhr - Entgegennahme Pässe und Gesuche von Ministerien und Reisebüros
 - Aushändigung der gestempelten Pässe vom Vortag an Ministerien und Reisebüros

ab 10.00 Uhr Türe wird geöffnet
 Anträge werden durch Lokalangestellte entgegengenommen, eine erste Kontrolle durchgeführt
 Abgabe einer Wartenummer
 Weitergabe an eigentliches Visabüro
 genaue Kontrolle (Fahndungsregister etc.) und Ausstellung des Visas
 Rückgabe an Schalter wo Lokalangestellte Visa-gebühr einkassiert und gestempelte Pässe zurückgibt.

zwischen

13.00- 14.00 Uhr Sollten alle Visa vom Schalter erledigt sein; die Besucher das Botschaftsareal verlassen haben.

Nachmittags: Ausstellung der Visa betr. Ministerien und Reisebüro
 Kontrolle der Kasse
 Erledigung der Gesuche, die in die Schweiz weitergeleitet werden müssen
 Mittwoch: Zusammenstellung der Kopien welche BUPO geschickt werden müssen.

Der Ansturm ist natürlich am Morgen unberechenbar. In der Regel werden auch jetzt noch zwischen 50 - 60 Nummern am Schalter abgegeben, d.h. 50 - 60 Personen bringen Pässe und halten sich im Warteraum auf; pro Nummer kommt es aber oft vor, dass mehrere Pässen abgegeben


werden. Der Arbeitsdruck ist vor allem am Morgen sehr gross. Die Arbeit ist einerseits eintönig, andererseits beansprucht sie eine grosse Konzentrationsfähigkeit.

Personaleinsatz seit 1985

Beiliegend sind die Einsatzpläne für die Jahre 1985, 1986, 1988 und 1989 (der Einsatzplan 1987 ist unauffindbar). Wie aus diesen Plänen hervorgeht, wurde diesen Sommer das erste Mal auf eine zweite Aushilfskraft aus der Schweiz verzichtet. Ebenfalls beiliegend ist der tatsächliche Einsatzplan für das Jahr 1989 (worin Extrahilfe und Ueberstunden der Visaleiterin eingetragen wurden).

SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. Rückgang der Nachfrage betr. Visa nicht in Aussicht.
2. Anfangs Dezember dürfte Anfrage sogar steigende Tendenz aufweisen (Weihnachtsferien).
3. Gespräch mit Konsul BRD hat ergeben, dass Visasektion dort ebenfalls eine verstärkte Nachfrage verspürt. Konsul BRD rechnet mit steigender Tendenz.
4. Am 1. Januar 1990 tritt ein neues Passgesetz in Kraft, womit Auslandsreisen für ungarische Staatsangehörige weiter erleichtert werden.
5. Politische und wirtschaftliche Oeffnung gegen den Westen haben zur Folge, dass mehr und mehr Joint Venture Firmen gegründet und demzufolge mehr Geschäftsleute in den Westen reisen werden.
6. Arbeitsvolumen kann nicht von Visaleiterin und einer Lokalangestellten bewältigt werden.
7. Interne Ueberbrückung (Einsatz Sekretärin) wird immer schwieriger, da Arbeitsanfall für Botschaft gesamthaft in starker Zunahme begriffen ist.
8. Es sollte eine weitere Kraft schweizerischer Nationalität - Sicherheit Visakontrolle ! - für den Visadienst ganzjährig wenigstens für die Stunden von 9.00 - 14.00 Uhr zugeteilt werden. Einsatzplan für 1990 wird nächstens erstellt.

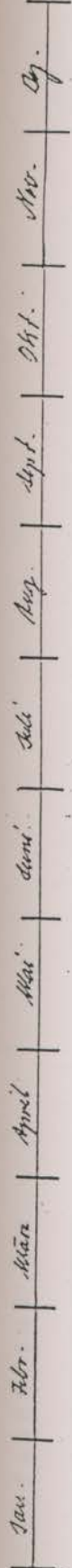


(F. Bertschi)

Wachstumsplan 1985

15.1.30

Wasserspiegel 1903



1. Vortragstagest
aus Bern (Hr. Munier)

ab 1. 4. (40 Std.)

2. Frau Bähler

14. 1. - 10. 2. spw. bis Güter 3. eingearbeitet (ca 30 - max 40 Std.)

16. 9. - 31. 10. (15 Std.)

3. Verstärkung
aus Schwyz

später als 10. 2. - 15. 9. (40 Std.)

4. Verstärkung
aus der Schweiz
(Hr. Werkmeister)

1. 5. - 31. 7. (40 Std.)

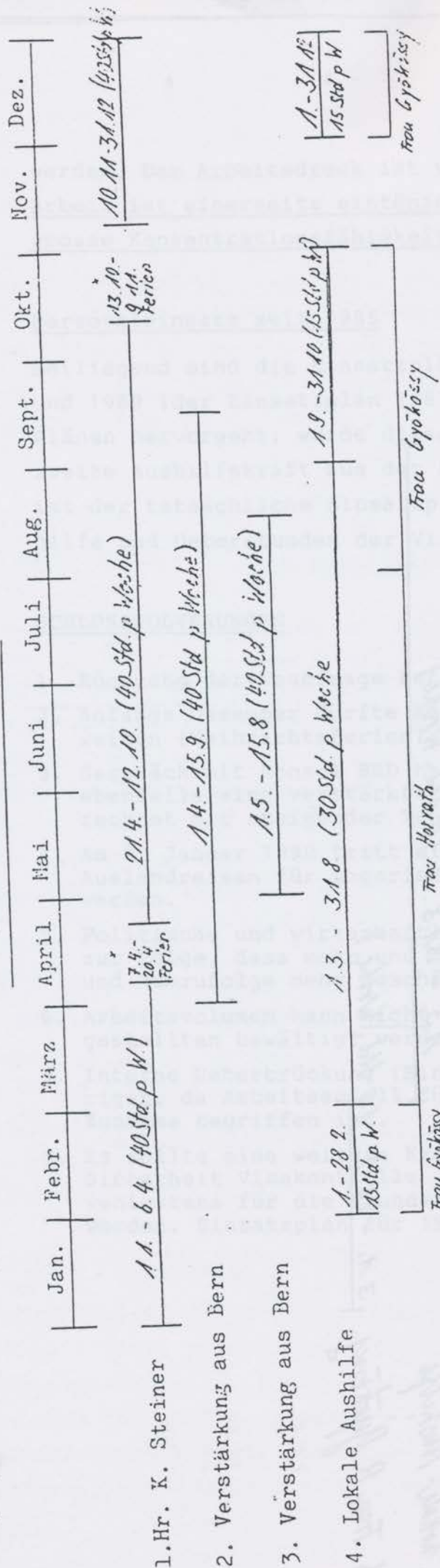
5. lokale Anleihe

1. 3. - 31. 8. (30 Std. Woche)

6. Frau R. Büttner 3. 1. - 28. 2. (5 Std. Woche)

051.30 - HA

Visaeinsatzplan 1986



* Während Ferien Hrn. Steiner 7.4.-20.4 + 15.10.-9.11, wird Hrzl. Sekr. in Visaeinstellung eingesetzt.

Hätz. Sept., Verstärkung Hrzl. + Sekr. pers. je nach Bedarf.

EINSATZPLAN VISA SEKTION 1988

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Verantwortliche Visasektion Frau Monika BODMER												
Aushilfe aus der Schweiz Jean-Claude ISELI				1.4.	1.5.		31.7.		15.9.			
Aushilfe aus der Schweiz Frau Danis DUFFY				1.4.	30.5.				1.9.			31.12.
Lokalangestellte 1	1.1.			15.4.	30.5.			4				
Lokalangestellte 2				15.4.	30.5.			4				
Lokalangestellte 3				15.4.	1.5.			15.8.				

Tatsächlicher Einsatzplan Visasektion 1989

	JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Anzahl Visa	1764	2060	2898	2776	4327	6122	5360	3879	2975	3154		
Frau Beatriz Rüttimann <u>Ueberstunden</u>	32 1/2 Std	49 3/4 Std	46 Std					Ferien 14.8. - 3.9.89	5 Std.	12 1/4 Std.		
Frau Danis Dufey			20 3/8 Std					1.9.89				
Frl. Csilla Dvorszky												
Frau Magdolna Horvath				17.4.89			317 Std		3.6.89	12.10.89	10.11.89	
Herrn Marcel Bertschi												
Interne Hilfen												
Frau Josiane Calame Sekretärin VA												
Frau Francine Crausaz Sekretärin VA												
Herrn Heinz Krebs, Hausmeister temp.												
Herrn Christian Rüttimann Hausmeister												
Frau Françoise Bertschi Kanzleichefin												

--- nur Visadienst
- - - - - Stundenzweiser Einsatz, teilweise auf Kosten anderer Arbeiten welche liegen geblieben sind

11101
September, Oktober, November, Dezember



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

15. August 1990

3003 Bern, den 14. August 1990

611.1

**Für die BR-Sitzung
vom 15. AUG. 1990**

An den Bundesrat

Aufgrund des Antrages des EDA vom 5. Juli 1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Bericht an den Bundesrat über die Personalsituation im EDA

Beschlussentwurf

MITBERICHT

zum Antrag des EDA vom 10.8.1990:

Das EFD ist der Meinung, dass der Bundesrat wohl vom Bericht Kenntnis nehmen soll. Was jedoch die Zuteilung von zusätzlichen Etablierungsstellen an das EDA betrifft, sollte der Bundesrat gemäss Antrag EFD vom 25.7.90 betr. Stellenbegehren Voranschlag 1991 vorgehen.

Ur getrennter Auszug,
der Protokollführer
[Signature]

Veröffentlichung:
Bundesblatt

EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT

Stich
Stich

Veröffentlichung am			
Titel	Ort	Datum	Seite
✓	BS	10	-
	ED		
×	EPD	5	-
	UD		
	FD		
	VD		
	WD		
×	ED	5	-
	ED		
	ED		